



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. September 1992
12. Jahrgang, S. 238–275
ISSN 0177-1868

9

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	238
Fristüberwachung / Auftrag an Kollegen	239
– Wiedereinsetzungsantrag	
– Fristversäumnis	
– Rechtsmittelauftrag	
– Aufnahme des Mandats	
(BGH, Beschl. v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91)	
Prozeßvollmacht	242
– Inhalt	
– Vergleich	
(BGH, Ur. v. 20. 3. 1992 – VI ZR 7/91)	
Fristen des Gerichts	246
– gesetzliche Zuständigkeitsregelungen	
(BGH, Ur. v. 27. 6. 1991 – IX ZR 222/90)	
Haftung des Steuerberaters und Rechtsanwalts	249
– Zugang des Steuerbescheides	
– Drei-Tages-Frist § 122 AO	
– Dokumentationspflicht	
(BGH, Ur. v. 13. 2. 1992 – IX ZR 105/91)	
Fristenkontrolle	259
– Rechtsanwalt	
– kein Mitverschulden des Mandanten	
(BGH, Ur. v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91)	
Haftung des Rechtsanwaltes	262
– Flucht in die Säumnis	
– fehlerhafter Mahnbescheidsantrag	
– Rückwirkung des Mahnbescheides, § 693 Abs. 2 ZPO	
(Hanseatisches OLG Hamburg, Ur. v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90)	
GI Leitsätze	269
GI Hinweise	270
GI Aktuell	270

GI Leitsätze

Fristversäumnis / Wiedereinsetzungsantrag / 2-Wochen-Frist

Es gehört zu den Pflichten eines Anwalts, bei Zugang einer gerichtlichen Mitteilung über das Eingangsdatum einer Rechtsmittelschrift anhand dieser Mitteilung zu überprüfen oder durch geeignetes Büropersonal überprüfen zu lassen, ob die Rechtsmittelschrift rechtzeitig bei Gericht eingegangen ist.
(BGH, Beschl. v. 13. 5. 1992 – VIII ZB 3/92)

Fristenkontrolle / Rechtsanwalt / Sorgfaltspflichten

Die Gewohnheit eines Prozeßbevollmächtigten, in seinem Kanzleibetrieb über das gebotene Maß hinaus weitere organisatorische Sicherungen anzuordnen und zu beachten (beispielsweise eine doppelte Fristenkontrolle), führt nicht zu einer Verschärfung seiner Sorgfaltspflichten.
(BGH, Urt. v. 19. 12. 1991 – VII ZR 155/91)

Fristwahrung

– Telefax

Der Rechtsanwalt, der sich zur Übermittlung fristwahrender Schriftsätze eines Telefaxgerätes bedient, muß ausreichende organisatorische Vorkehrungen treffen, die sicherstellen, daß die für die Führung des Fristkalenders zuständigen Mitarbeiter Fristen erst dann löschen, wenn der die Übermittlung des Schriftsatzes bestätigende Ausdruck vorliegt.
(BGH-Beschl. v. 10. 10. 1991 – VII ZB 3/91 – VersR 1992, 638)

Wiedereinsetzungsantrag, Büroversehen von Angestellten, falscher Briefkasten

Ist die Versäumung der Rechtsmittelbegründungsfrist darauf zurückzuführen, daß die Kanzleiangestellte den Schriftsatz anstatt in den für Fristensachen vorgesehenen Briefkasten des Oberlandesgerichts versehentlich in den Briefkasten bei der Generalstaatsanwaltschaft wirft, so ist der Partei Wiedereinsetzung zu gewähren.
(BGH, Beschl. v. 4. 10. 1988 – VI ZB 21/88 – VersR 90, 165 = MDR 1989, 55 = NJW-RR 1989, 127)

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Berufungsbegründung durch Telefax

Die vom Anwalt in Ermangelung einer eigenen Fernkopieranlage vom Telefax-Anschluß einer Prozeßpartei an das Postamt des Bestimmungsortes übermittelte und sodann per Telebrief zugestellte Berufungsbegründung wahrt nicht die vorgeschriebene Schriftform.
(LAG Hamm, Beschl. v. 16. 6. 1988 – 8 Sa 1695/87 – NJW 1988, 3286)

Fristprüfung / Aktenvorlage / Aktenbearbeitung / Büropersonal

- a) Die Verpflichtung des Rechtsanwalts zur eigenverantwortlichen Fristenprüfung bei der Vorbereitung einer fristgebundenen Prozeßhandlung (hier: Berufungsbegründung) entsteht bereits bei der Vorlage der Akten an ihn, nicht erst bei deren Bearbeitung.
- b) Von der eigenen Verantwortung für die Einhaltung der Frist kann sich der Rechtsanwalt nicht durch die Anweisung an sein Büropersonal befreien, die Fristwahrung zu kontrollieren und ihn ggf. an die Erledigung der Fristsache zu erinnern.
(BGH, Beschl. v. 11. 12. 1991 – VIII ZB 38/91)

Fristüberwachung / Auftrag an Kollegen

- Wiedereinsetzungsantrag
- Fristversäumnis
- Rechtsmittelauftrag
- Annahme des Mandats

(BGH, Beschl. v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91)

Leitsätze:

- a) Eine generelle Absprache über die Annahme von Rechtsmittelaufträgen mit einem später aus der Anwaltschaft ausgeschiedenen Rechtsmittelanwalt enthebt den Anwalt erster Instanz nicht seiner Verpflichtung, die Annahme eines dem Abwickler der verwaisten Kanzlei erteilten Rechtsmittelauftrags zu überwachen.
- b) Enthält ein Wiedereinsetzungsantrag ein klar und nicht ergänzungsbedürftig erscheinendes Vorbringen, so daß für eine Aufklärung nach § 139 ZPO kein Anlaß besteht, ist ein nachgereichter neuer Vortrag nicht als bloße auch außerhalb der Frist des § 234 Abs. 1 ZPO zulässige Erläuterung oder Vervollständigung bisherigen Vorbringens zu werten.

Aus den Gründen:

1. Das Landgericht hat die Wechselklage des Klägers über 90.000 DM abgewiesen. Gegen das am 19. 7. 1991 zugestellte Urteil hat der Kläger am 16. 9. 1991 Berufung eingelegt und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsfrist beantragt. Zur Begründung hat er ausgeführt: Seine Anwälte erster Instanz K. und R. hätten seinen zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten Dr. G. als amtlich bestellten Abwickler der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. B. mit Schreiben vom 6. 8. 1991 beauftragt, gegen das Urteil des Landgerichts Berufung einzulegen. Dr. B., der zum 30. 7. 1991 der Anwaltschaft ausgeschieden sei, habe sich im März 1991 in einer generellen Absprache verpflichtet, Rechtsmittelaufträge der Rechtsanwälte K. und R. vorbehaltlich einer unverzüglich mitzuteilenden Interessenkollision anzunehmen und auszuführen. Infolge eines Versehens im Büro seines zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten sei der Rechtsmittelauftrag nicht rechtzeitig ausgeführt worden.

Mit Beschluß vom 2. 10. 1991 hat das Berufungsgericht den Wiedereinsetzungsantrag des Klägers zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen, da die Rechtsanwälte K. und R. an der Ver-

säumung der Berufungsfrist ein Verschulden treffe. Sie hätten die Bestätigung ihres Rechtsmittelauftrags durch Rechtsanwalt Dr. G. nicht überwacht. Eine solche Überwachung sei trotz der mit Dr. B. getroffenen Absprache erforderlich gewesen, da Dr. G. daran nicht gebunden gewesen sei.

Mit der gegen diesen Beschluß gerichteten sofortigen Beschwerde trägt der Kläger vor: Die Absprache von März 1991 sei zwischen den Rechtsanwälten R. und Dr. G. getroffen worden und nur formal mit Dr. B. zustandegekommen, da Dr. G., der seine Praxis bis Ende Juli 1991 mit Dr. B. gemeinsam ausgeübt habe, bei Oberlandesgericht noch nicht zugelassen gewesen sei. Anfang August 1991 hätten die Rechtsanwälte R. und Dr. G. die Fortgeltung dieser Absprache vereinbart.

II. Die nach §§ 519 b Abs. 2, 238 Abs. 2 ZPO statthafte sofortige Beschwerde ist zulässig, aber nicht begründet.

1. Die Ansicht des Berufungsgerichts, die erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers treffe an der Versäumung der Berufungsfrist ein Verschulden (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), ist auf der Grundlage des im Wiedereinsetzungsantrag enthaltenen Vorbringens rechtlich nicht zu beanstanden. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, von der das Berufungsgericht ausgegangen ist, erschöpft sich bei der Erteilung von Rechtsmittelaufträgen die Sorgfaltspflicht des beauftragenden Rechtsanwalts nicht in dem rechtzeitigen Absenden des Auftragschreibens. Er muß vielmehr auch dafür Sorge tragen, daß der beauftragte Rechtsanwalt den Auftrag innerhalb der laufenden Rechtsmittelfrist bestätigt. Bleibt die Bestätigung – wie hier – aus, muß der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte rechtzeitig vor Ablauf der Berufungsfrist rückfragen. Einer solchen Rückfrage bedarf es allerdings grundsätzlich dann nicht, wenn zwischen den Anwälten beider Instanzen im Einzelfall oder allgemein abgesprochen ist, daß der Rechtsmittelanwalt Rechtsmittelaufträge annehmen und ausführen wird (BGH 105, 115, 117 f., 119 f.; BGH, Beschl. v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90, MDR 1991, 1096).

Nach diesen Grundsätzen hätte hier, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, eine rechtzeitige Rückfrage der erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten bei Rechtsanwalt Dr. G. erfolgen müssen. Eine Absprache zwischen ihnen und Dr. G. über die Annahme und Ausführung von Rechtsmittelaufträgen bestand nach dem Vorbringen des Klägers im Wiedereinsetzungsantrag nicht. An die zwischen den

Rechtsanwälten K. und R. einer- und Dr. B. andererseits getroffene Absprache vom März 1991 war Dr. G. bei Rechtsmittelaufträgen, die ihm - wie hier - als Abwickler der Kanzlei des Rechtsanwaltes Dr. B. neu erteilt wurden, nicht gebunden. Als Abwickler hatte er die schwebenden Angelegenheiten abzuwickeln und laufende Aufträge fortzuführen. Zur Annahme neuer Aufträge war er - innerhalb von sechs Monaten nach seiner Bestellung - zwar berechtigt, nicht aber verpflichtet (§ 55 Abs. 2 Satz 1 und 2 BRAO). Angesichts dessen hätten die erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers die Annahme ihres Rechtsmittelauftrags durch Rechtsanwalt Dr. G. überwachen müssen. Wäre das geschehen und nach Ausbleiben einer Bestätigung des Auftrags vom 6. 8. 1991 rechtzeitig Rückfrage gehalten worden, wäre das Versehen im Büro von Rechtsanwalt Dr. G. aufgedeckt und die am 19. 8. 1991 abgelaufene Berufungsfrist nicht versäumt worden.

2. Der neue Vortrag des Klägers in der Beschwerdebegründung vermag das Verschulden seiner erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten nicht auszuräumen, denn er darf nicht berücksichtigt werden. Zwar kann nach § 570 ZPO eine Beschwerde auch auf neue Tatsachen gestützt werden. Bei einer Beschwerde gegen einen die Wiedereinsetzung ablehnenden Beschluß ist aber zu beachten, daß alle Tatsachen, die für die Wiedereinsetzung von Bedeutung sein können, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist vorgetragen werden müssen (§§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO). Lediglich erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten war, dürfen nach Fristablauf erläutert und vervollständigt werden (Ist.Rspr.; vgl. BGH, Beschluß vom 14. 2. 1991 - VII ZB 8/90, BGHR ZPO § 234 Abs. 1 Begründung 3; BGH, Beschluß vom 28. 2. 1991 - IX ZB 95/90, BGHR ZPO § 234 Abs. 1 Begründung 4 jeweils m.w.Nachw.).

Darum handelt es sich bei dem neuen Vortrag entgegen der Ansicht des Klägers nicht. Die Begründung des Wiedereinsetzungsantrags war nicht unklar und erschien in keinem Punkt ergänzungsbedürftig. Die Wiedergabe der Absprache über die Annahme und Ausführung von Rechtsmittelaufträgen zwischen Rechtsanwalt Dr. B. einer- und den Rechtsanwälten K. und R. andererseits deutet an keiner Stelle darauf hin, daß Rechtsanwalt Dr. G. daran beteiligt oder gebunden sein könnte. Für eine Aufklärung nach § 139 ZPO bestand für das Berufungsgericht kein Anlaß.

3. Die sofortige Beschwerde war daher mit der Kostenfolge aus § 97 Abs. 1 ZPO zurückzuweisen. Der Antrag des Klägers auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung aus dem Urteil des Landgerichts ist damit gegenstandslos.

Prozeßvollmacht

- Inhalt
- Vergleich

(BGH, Urt. v. 20. 3. 1992 - V ZR 7/91)

Leitsatz:

Wird ein Anwalt beauftragt, aus einem Nießbrauch auf Entschädigung für vorenthaltene Nutzungen zu klagen, so ermächtigt ihn die Prozeßvollmacht nicht dazu, im Wege eines Vergleichs gegen Zahlung der Entschädigung in die Löschung des Nießbrauchs einzuwilligen

Zum Sachverhalt:

Durch notariellen Vertrag vom 15. 8. 1984 kauften die Kläger von den Enkeln der Beklagten für 310.000 DM ein Grundstück, das u. a. mit einem als „Alte Mühle“ bezeichneten Gebäude bebaut ist. Das Grundstück ist mit einem Nießbrauch zugunsten der Beklagten belastet. Über den Umfang der Ausübungsbefugnis des Nießbrauchs kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Am 23. 4. 1987 erwirkte die Beklagte gegen die Kläger ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigung für vorenthaltene Nutzungen in Höhe von 20.000 DM für den Zeitraum 1984 bis Juli 1986 (13 O 713/86 LG D. –). Unter dem 20. 5. 1987 unterzeichneten die Kläger und der damalige Prozeßbevollmächtigte der Beklagten, Rechtsanwalt Dr. K., eine Vereinbarung, in der die Beklagte sich verpflichtete, gegen Zahlung des Urteilsbetrags von 20.000 DM, einer weiteren Nutzungsentschädigung von monatlich 1.000 DM bis 31. 12. 1986 sowie gegen Zahlung einer durch Reallast zu sichernden monatlichen Rente von 600 DM ab 1. 5. 1987 das Nießbrauchsrecht löschen zu lassen. Die Parteien streiten darüber, ob Rechtsanwalt Dr. K. zum Abschluß der Vereinbarung bevollmächtigt gewesen ist.

Die Kläger haben u. a. beantragt, die Beklagte zu verurteilen, die sogenannte „Alte Mühle“ und die davor befindliche Hofffläche zu räumen und herauszugeben sowie Prozeßzinsen zu zahlen.

Das Landgericht hat diesen Anträgen durch Teilurteil entsprochen. Das Oberlandesgericht hat die Verurteilung zur Zahlung auf 8.400 DM nebst Zinsen ermäßigt und die Berufung der Beklagten im übrigen zurückgewiesen.

.....

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht führt aus: Die Vereinbarung vom 20.5.1987 sei rechtswirksam zustande gekommen. Die Beklagte habe Rechtsanwalt Dr. K. parallel zu der ihm erteilten Prozeßvollmacht gesondert bevollmächtigt, Vergleichsgespräche zu führen. Die Vollmacht sei nicht beschränkt gewesen. Dies ergebe sich aus der vom Landgericht zu Recht als glaubhaft angesehene Aussage des in erster Instanz vernommenen Zeugen Dr. K. Denn der Zeuge habe nicht nur bekundet, was als wahrscheinlich angesehen werden müsse; für die Richtigkeit seiner Aussage spreche auch der vorprozessuale Schriftverkehr.

II.

Die Revision hat Erfolg.

1. Unberechtigt ist allerdings die Rüge, das Berufungsgericht habe die Anträge auf Vernehmung des Sohnes der Beklagten als Zeugen übergangen. Von einer Begründung wird abgesehen (§ 565 a ZPO).
2. Zu Recht wendet sich die Revision jedoch gegen die Beweiswürdigung des Berufungsgerichts. Sie ist zwar grundsätzlich Sache des Tatrichters. Das Revisionsgericht kann jedoch nachprüfen, ob dieser sich mit dem Prozeßstoff und den Beweisergebnissen umfassend und widerspruchsfrei auseinandergesetzt hat, die Beweiswürdigung also vollständig und rechtlich möglich ist und nicht gegen Denk- oder Erfahrungssätze verstößt (BGH, Urt. v. 11. 2. 1987, IVb ZR 23/86, BGHR ZPO § 286 Abs. 1 – Revisionsrüge I).
- a) Die Beweiswürdigkeit des Berufungsgerichts ist schon deswegen fehlerhaft, weil sie aufgrund der erstinstanzlichen Aussage des Zeugen Dr. K. und des vorprozessualen Schriftwechsels der Parteien zwar die Erteilung einer Vollmacht zur Führung von Vergleichsverhandlungen feststellt, aber nicht erkennen läßt, woraus sich ergeben soll, daß diese Verhandlungsvollmacht auch die Vollmacht zum Abschluß des Vergleichs umfaßte. Auch die jetzigen Kläger sind nicht von einer Abschlußvollmacht des Rechtsanwalts Dr. K. ausgegangen; im Schreiben ihres Bevollmächtigten vom 21. 5. 1987 bittet dieser Rechtsanwalt Dr. K., der damaligen Klägerin „die von Ihnen unterzeichnete Empfangsbestätigung sowie die Ablichtung der Vereinbarung zwischen Frau B. (Beklagte) und den Eheleuten Li. versehen mit ihrer Unterschrift“ auszuhändigen. Daß damit die Unter-

schrift der Beklagten herbeigeführt werden sollte, ergibt sich aus dem ersten Teil des Satzes, wonach Rechtsanwalt Dr. K. (lediglich) die Empfangsbestätigung unterzeichnen sollte.

- b) Der Revision ist weiterhin darin zu folgen, daß für die Erteilung einer Abschlußvollmacht auch nicht die von dem Berufungsgericht herangezogenen anderen Schreiben sprechen. Da diese durchweg nach Unterzeichnung der Vereinbarung durch Rechtsanwalt Dr. K. verfaßt wurden, bleibt schon offen, ob das Berufungsgericht sie überhaupt als Indizien für eine Abschlußvollmacht oder nur als Indizien für die nachträgliche Genehmigung des Vergleichs gewertet wissen will.

Beides geben die Schreiben nicht her. Sowohl das Schreiben des Dr. K. vom 25. 5. 1987, wonach „Frau B. (Beklagte) wünscht, daß die Eheleute Li. diesen Betrag (Renten-Einmalbetrag von 60.509 DM) erbringen“, und „noch immer Bedenken (hat), daß wegen der eingetragenen Vorlast ihre Rechte nicht gesichert sind“, zwingen entgegen der Annahme des Berufungsgerichts nicht zu dem Schluß, daß die Beklagte die getroffene Vereinbarung damit billigen wollte. Beide Schreiben können auch dahin verstanden werden, daß die Beklagte eine rechtsverbindliche Abmachung noch nicht für gegeben hielt. Wenn aber der Tatrichter die Ambivalenz von Indiziaten nicht erkennt, liegt eine revisionsrechtlich beachtlicher Verstoß gegen die Denkgesetze vor (BGH, Urt. v. 22. 2. 1991, VI ZR 97/90, NJW 1991, 1894).

Mit der gegebenen Begründung kann das Berufungsurteil danach nicht aufrechterhalten bleiben.

3. Es erweist sich auch nicht aus anderen Gründen im Ergebnis als richtig. Die Revisionserwiderung sieht eine Vollmacht für Rechtsanwalt Dr. K. zum Abschluß des Vergleichs vom 20. 5. 1987 schon in der Erteilung der Prozeßvollmacht für das Verfahren 13 O 713/86 vor dem Landgericht D. Das Berufungsgericht habe zum Nachteil der Kläger unrichtig entschieden, daß jener Rechtsstreit, zu dessen Führung die Prozeßvollmacht ermächtigt habe, mit dem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts D. vom 23. 4. 1987 vor Vergleichsschluß beendet gewesen sei. Dies sei schon deshalb fehlerhaft, weil das Urteil erst am 23. 4. 1987 verkündet worden sei, damit am 20. Mai noch nicht rechtskräftig und der Rechtsstreit nicht abgeschlossen gewesen sei.

Diese Rüge ist unerheblich

Ob die in der Prozeßvollmacht regelmäßig liegende Ermächtigung, den Streit durch Vergleich zu erledigen (§ 81 ZPO), nicht mehr, wovon

das Berufungsgericht wohl ausgeht, eine Vergleichsvereinbarung nach Abschluß der Instanz durch Erlaß eines Urteils erfassen würde, kann offen bleiben (zur Zulässigkeit von Erklärungen auch außerhalb des Prozesses vgl. BAG, NJW 1963, 1469; BB 1978, 207; vgl. auch BGHZ 31, 206, 209). Die Rechtsanwältin Dr. K. erteilte Vollmacht von den Beklagten – den jetzigen Klägern – eine Nutzungsentschädigung in dem Verfahren 13 0713/86 Landgericht D. – einzufordern, reichte hier jedenfalls nicht soweit, über den Nießbrauch selbst zu verfügen.

Der Umfang der einem Anwalt erteilten Prozeßvollmacht ergibt sich nicht allein aus § 81 ZPO, vielmehr muß sich die Befugnis des Anwalts, auch materiellrechtliche Erklärungen abzugeben, aus den Besonderheiten des Einzelfalles und dem inneren Zusammenhang der abgegebenen Erklärung mit dem Gegenstand des Rechtsstreits erschließen (MK-ZPO/von Mettenheim; § 81 Rdn. 9; vgl. auch BGHZ 31, 206, 209; BGH Urt. v. 5. 10. 1971 VI ZR 107/70, NJW 1972, 52; RGZ 48, 218, 221; 53, 148; Stein/Jonas/Leipold ZPO 20. Aufl. § 81 RDN. 4; Wieczorek, ZPO, 2. Aufl., § 81 B III a 1). Der Anwalt des Klägers darf und muß insbesondere alle außerprozessualen Handlungen vornehmen, die notwendig sind, um den Prozeß siegreich zu beenden (Wieczorek a.a.O. B III b). Die Vollmacht reicht danach so weit, wie sich der Rechtsanwalt bei vernünftiger, wirtschaftlicher Betrachtungsweise nach dem vorprozessualen Streitstoff angesichts des Zwecks, der mit seiner Beauftragung verfolgt wird, zu einer Rechtshandlung im Interesse seines Auftrag- und Vollmachtgebers als ermächtigt ansehen darf. Der Anwalt kann sich zur Gestaltung eines Rechtsverhältnisses durch Verfügung nur dann als bevollmächtigt ansehen, wenn das Prozeßziel ersichtlich so verfolgt werden soll (Wieczorek a.a.O. B III b 2.). Ein Anwalt, der etwa beauftragt ist, Mietzins einzuklagen, kann sich je nach Sachlage zwar zur Kündigung des Mietverhältnisses, nicht aber zur Übereignung des Hauses an den Mieter als befugt ansehen (MK-ZPO/von Mettenheim a.a.O.); ebensowenig ist der Prozeßbevollmächtigte in der Regel ermächtigt, über nicht im Streit befindliche Vermögensgegenstände z.B. durch Abschluß eines Vergleichs zu verfügen (Stein/Jonas/Leipold a.a.O. Rdn. 11).

So lag der Fall hier.

Der Nießbrauch der damaligen Klägerin an dem streitgegenständlichen Anwesen war unbestritten. Differenzen der Parteien gab es nur in der Frage, ob die damaligen Beklagten als Käufer sich auf die schuldrechtliche Verpflichtung der damaligen Klägerin ihren Enkeln – den Verkäufern – gegenüber, den Nießbrauch nur an der „Alten Mühle“ auszuüben, berufen und das übrige Gelände nebst Aufbauten unentgeltlich nutzen

durften. Der Auftrag der dortigen Klägerin an Rechtsanwalt Dr. K. ging (nur) dahin, im Verfahren 13 O 713/86 Landgericht D. eine Nutzungsent-schädigung für die Inanspruchnahme dieser, dem Nießbrauch der Beklagten mitunterliegenden, Teile der Immobilie zu fordern. Rechtsanwalt Dr. I. konnte sich danach nicht für befugt halten, diesen Rechtsstreit im Vergleichswege durch Verfügung über das Nießbrauchsrecht der Klägerin zu beenden. Die Revisionserwiderung verweist im übrigen insoweit auch nicht auf Vortrag, zumal auf solchen ihrer Partei in den Tatsacheninstanzen, da diese selbst oder Rechtsanwalt Dr. K. den Schluß auf einen so weit gehenden Umfang der Prozeßvollmacht in dem Verfahren 13 O 713/86 Landgericht D. gezogen hätten. Dabei hatte das Berufungsgericht in dem von der Revisionserwiderung zu ihren Gunsten in Bezug genommenen Prozeßkostenhilfebeschluß vom 15.1.1990 selbst schon zutreffend und von den damaligen Beklagten unbeanstandet, darauf abgehoben, der Vergleich habe Fragen betroffen, "die nur mittelbar mit dem Rechtsstreit vor dem Landgericht zu tun gehabt hätten".

4. Da der bisherige Sach- und Streitstand die Verurteilung der – jetzigen – Beklagten nicht rechtfertigt, sind die Urteile der Vorinstanzen auf die Rechtsmittel der Beklagten insoweit aufzuheben.

Die Sache ist, da weiterer aufklärungsbedürftiger Prozeßstoff nicht ersichtlich ist, zur Endentscheidung reif. Die Klage ist, soweit über sie durch Teilurteil entschieden worden ist, abzuweisen.

.....

Fristen des Gerichts

– gesetzliche Zuständigkeitsregelungen

(BGH Urt. v. 27.6.1991 – IX ZR 222/90)

Leitsatz:

Den Parteien können die schwerwiegenden Folgen der Versäumung richterlicher Erklärungsfristen nur dann zugemutet werden, wenn die förmlichen Voraussetzungen für eine Nichtzulassung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln genau eingehalten werden. Deshalb ist von dem Gericht zu verlangen, daß es sich selbst bei Erlaß seiner Verfügung an die gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen hält.

Leitsatz (d.Verf.):

1. Die Frist zur Klageerwiderung ist gem. § 276 Abs. 1 ZPO von dem Vorsitzenden der Zivilkammer zu setzen.
2. Das im Rechtszuge übergeordnete Gericht darf die Zurückweisung eines Sachvortrages nicht auf eine andere als die von der Vorinstanz angewandte Vorschrift stützen.

Aus den Gründen:

.....

II.

Hiergegen wendet sich die Revision mit Erfolg.

1. Das Landgericht hätte das Verteidigungsvorbringen der Beklagten nicht nach § 296 Abs. 1 ZPO unberücksichtigt lassen dürfen. **Die Nichtzulassung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln wegen Verspätung gemäß § 296 Abs. 1 ZPO setzt eine wirksame Fristsetzung voraus** (vgl. BGHZ 76, 236; BGH, Urt. v. 5. 5. 1990 – II ZR 109/89, NJW 1990, 2389). Bereits daran fehlt es im vorliegenden Fall. Denn die Frist zur Klageerwiderung ist nicht, wie es § 276 Abs. 1 ZPO vorschreibt, von dem **Vorsitzenden** der Zivilkammer, sondern von einem seiner **Beisitzer** gesetzt worden. Die Verfügung vom 22. 3. 1989 ist nicht von dem Vorsitzenden Richter am Landgericht Dr. G., sondern von dem Richter W. unterzeichnet, der ebenfalls an dem erstinstanzlichen Urteil mitgewirkt hat. Das Berufungsgericht ist zwar irrtümlich davon ausgegangen, daß der Vorsitzende die Verfügung vom 22. 3. 1989 getroffen habe, das bindet den **erkennenden Senat** jedoch nicht. Das **Berufungsgericht** hat hier keine **Feststellung** über eine tatsächliche **Behauptung** getroffen, die nach § 561 Abs. 2 ZPO für das Revisionsgericht bindend wäre. Es befaßt sich vielmehr mit einem Vorgang der Prozeßgeschichte, der in den Gerichtsakten dokumentiert ist. Diese weisen eindeutig aus, daß die Verfügung vom 22. 3. 1989 nicht von dem Vorsitzenden unterzeichnet ist. Damit ist die entgegenstehende Annahme des Berufungsgerichts widerlegt.
2. **Nach § 272 Abs. 2 ZPO bestimmt der Vorsitzende entweder einen frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung oder veranlaßt ein schriftliches Vorverfahren.** Wenn der Vorsitzende keinen frühen ersten Termin bestimmt, fordert er den Beklagten mit der Zustellung der Klage zu der **Anzeige auf, ob er sich gegen die Klage** verteidigen will, und setzt eine **Frist zur schriftlichen Klageerwiderung** (§ 276 Abs. 1 ZPO).

Diese Anordnung kann nach dem eindeutigen Gesetzeswortlaut nur der Vorsitzende wirksam treffen (ebenso Stein/Jonas/Leipold, ZPO 20. Aufl. § 276 Rdnr. 22). Ob der Vorsitzende auch im Rahmen des § 276 ZPO ein Mitglied des Kollegiums mit der Fristsetzung beauftragen kann, wie dies in § 273 Abs. 2 und § 275 Abs. 1 ZPO vorgesehen ist, braucht im vorliegenden Fall nicht entschieden zu werden (vgl. dazu OLG Oldenburg NdsRpfl 1979, 179). Denn der Richter W. hat weder „im Auftrag“ noch „in Vertretung“ des Vorsitzenden gehandelt. Jedenfalls in einem solchen Fall ist die **Fristsetzung durch ein anderes Mitglied des Spruchkörpers unwirksam**. Den Parteien und ihren Bevollmächtigten können die schwerwiegenden Folgen der Versäumung richterlicher Erklärungsfristen nur dann zugemutet werden, wenn die förmlichen Voraussetzungen für eine Nichtzulassung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln genau eingehalten werden (vgl. BGHZ 76, 236, 239 f; BGH, Urt. v. 5. 5. 1990 a. a. O. S. 2390; v. 16. 5. 1991 – III ZR 82/90, zur Veröffentlichung bestimmt). **Zu dem im Bereich des zivilprozessualen Präklusionsrechts ganz besonders strikt zu wahrenden Gebot der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit gehört auch die Forderung, daß sich das Gericht selbst bei Erlaß seiner Verfügung an die gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen hält.** Aus diesem Grunde kommt auch eine Heilung der mangelhaften Fristsetzung nach § 295 Abs. 1 ZPO nicht in Betracht (BGH, Urt. v. 5. 5. 1990 a. a. O. S. 2390; v. 16. 5. 1991 a. a. O.).

3. Die von der Klägerin aufgeworfene Frage, ob das Landgericht das Verteidigungsvorbringen der Beklagten wirksam nach § 296 Abs. 2 ZPO hätte zurückweisen können, stellt sich nicht. **Denn das im Rechtszug übergeordnete Gericht darf die Zurückweisung nicht auf eine andere als die von der Vorinstanz angewandte Vorschrift stützen.** (BGH, Urt. v. 13. 12. 1989 – VIII ZR 204/82, NJW 1990, 1302, 1304 m. w. N.).

III.

Bereits aus den dargelegten Gründen kann das Berufungsurteil keinen Bestand haben. Da das Landgericht das Vorbringen der Beklagten nicht nach § 296 Abs. 1 ZPO zurückweisen durfte, war dieses Vorbringen auch in der Berufungsinstanz nicht nach § 528 Abs. 3 ZPO ausgeschlossen.

Die Frage, ob die Nichtzulassung des Verteidigungsvorbringens der Beklagten auch deshalb unzulässig war, weil das Gericht das schriftliche Vorverfahren vorzeitig abgebrochen und keine Frist zur Vorbereitung des Verhandlungstermins gesetzt hat, kann demnach dahinstehen. Dasselbe gilt für die weitere Frage, ob die Nichtzulassung des Vorbringens auch deshalb unzulässig war, weil eine Streiterledigung in den Termin vom

29.6.1989 wegen der erkennbaren Notwendigkeit der Einholung eines Sachverständigengutachtens von vornherein ausschied (vgl. BGHZ 98, 368).

Da das Urteil des Landgericht an einem wesentlichen Verfahrensmangel leidet, ist die Sache gemäß §§ 539, 565 Abs. 1 ZPO unter Aufhebung auch des Verfahrens zur neuen Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten beider Rechtsmittel, an das Landgericht zurückverweisen (vgl. BGHZ 76, 236, 424). Die Gerichtskosten der Berufungs- und Revisionsinstanz sind wegen unrichtiger Sachbehandlung nicht zu erheben (§ 8 GKG).

Haftung des Steuerberaters und Rechtsanwalts

- Zugang des Steuerbescheides
- Drei-Tages-Frist § 122 AO
- Dokumentationspflicht?

(BGH Urt. v. 13. 2. 1992 - IX ZR 105/91)

Leitsätze:

- a) Ein steuerlicher Berater, der für seinen Mandanten einen Steuerbescheid entgegennimmt, muß, wenn der Bescheid ihm später als drei Tage nach dem angeblichen Tag der Aufgabe zur Post (der Ausstellung) zugegangen ist, im Interesse des Mandanten Maßnahmen treffen, die es ihm erlauben, zu dem Tag des Zugangs substantiiert vorzutragen und einem etwa gegenteiligen Standpunkt der Behörde wirksam entgegenzutreten.
- b) Bezeichnet die Steuerbehörde unter Hinweis auf den angeblichen Tag der Aufgabe des Steuerbescheides zur Post den von dem steuerlichen Berater eingelegten Einspruch als verspätet, muß jener, wenn er meint, der Bescheid sei von der Behörde später als von ihr angegeben zur Post aufgegeben worden, das Aufgabedatum substantiiert bestreiten, um seinen Pflichten gegenüber dem Mandanten zu genügen.
- c) Unterläßt es der steuerliche Berater, die Vorgänge, die die ordnungsgemäße Bearbeitung des übertragenen Mandats belegen, schriftlich

festzuhalten, macht er sich allein dadurch nicht schadensersatzpflichtig. Es gehört indessen zur ordnungsgemäßen Bearbeitung eines steuerlichen Mandats, Maßnahmen gegenüber der Steuerbehörde, die zur Rechtswahrung des Mandanten erforderlich sind, beweiskräftig festzuhalten.

- d) Entzieht der Mandant dem steuerlichen Berater das Mandat, bevor der Einspruch gegen den Steuerbescheid bestandskräftig als verspätet zurückgewiesen wird, trifft ihn an einem etwaigen Schaden ein Mitverschulden, wenn er nachträglichen Vortrag des früheren Beraters, der für die Rechtzeitigkeit des Einspruches spricht, der Steuerbehörde nicht zur Kenntnis bringt.

Tatbestand:

Die Klägerin nimmt den Beklagten, einen **Rechtsanwalt und Steuerberater**, der sie im Jahre 1986 steuerlich beraten hat, wegen Verletzung seiner vertraglichen Pflichten auf Schadensersatz in Anspruch.

Mit Schreiben vom 19. 8. 1986 – beim Finanzamt eingegangen am 20. 8. 1986 – legte der Beklagte namens der Klägerin gegen die Einkommen- und Umsatzsteuerbescheide 1982 Einsprüche ein. Beide Bescheide datieren vom 7. 7. 1986. Wann sie dem Beklagten zugegangen waren, ist streitig. Aus der in der Anschrift genannten Praxisräumen war der Beklagte, der sich mit seinem Sozius, dem nunmehr von der Klägerin das Mandat erteilt ist, überworfen hatte, damals bereits ausgezogen. Das Finanzamt wies den Beklagten mit Schreiben vom 28. 8. 1986 darauf hin, daß seine Einsprüche verfristet seien. Wenig später entzog die Klägerin dem Beklagten das Mandat. Mit Schreiben ihres neuen Steuerberaters vom 19. 12. 1989 nahm sie – unter gleichzeitiger Stellung eines Änderungsantrages – den Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 1982 zurück. Der Einspruch gegen den Umsatzsteuerbescheid 1982 wurde am 31. 1. 1990 zurückgewiesen. Auch der Änderungsantrag hatte keinen Erfolg. Diese Entscheidungen hat die Klägerin hingenommen.

Mit der vorliegenden Klage hat sie geltend gemacht, der Beklagte habe hinsichtlich der inhaltlich unrichtigen Steuerbescheide die Einspruchsfrist schuldhaft versäumt. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat ihr stattgegeben. Dagegen richtet sich die Revision des Beklagten.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat dahingestellt sein lassen, ob der Beklagte durch sein am 20. 8. 1986 bei der Finanzbehörde eingegangenes Einspruchsschreiben noch die einmonatige Rechtsbehelfsfrist des § 355 AO 1977 gewahrt hat. Dem Beklagten sei „nämlich zumindest der Vorwurf zu machen, daß durch seine unzureichende Dokumentation die Klägerin nicht in der Lage war, der Finanzbehörde substantiiert Tatsachen vorzutragen, die den vom Beklagten behaupteten verspäteten Zugang der Bescheide um den 11. 8. 1986 als schlüssig erscheinen lassen“.

Über die Dokumentationspflicht hat es folgendes ausgeführt: „Zu den Pflichten eines Steuerberaters, der gegen einen Steuerbescheid Einspruch einzulegen hat und aufgrund des aufgedruckten Bescheiddatums erkennen kann, daß der Bescheid nicht am Datumstag zur Post gegeben worden sein dürfte, gehört es . . . , die Umstände zu dokumentieren, aus denen sich schlüssig eine verspätete Absendung herleiten läßt“.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Da das Berufungsgericht offengelassen hat, ob die am 20. 8. 1986 bei der Finanzbehörde eingegangenen Einsprüche nicht vielleicht doch die Rechtsbehelfsfrist des § 355 AO 1977 – ein Monat nach Bekanntgabe – gewahrt haben, ist dies für die Revision zu unterstellen. Rechtzeitigkeit der Einsprüche vorausgesetzt, können die Bescheide dem Beklagten nicht vor dem 20. 7. 1986 zugegangen sein. Angesichts der darin angegebenen Ausstellungs- (7. 7. 1986) und Fälligkeitsdaten (11. 8. 1986) mußte er annehmen, daß die Bescheide nach der Ausstellung geraume Zeit liegen geblieben waren, ehe sie zur Post aufgegeben worden waren und/oder daß die Postlaufzeit bis zu zwei Wochen betragen hat. Eine Pflichtverletzung des Beklagten könnte unter diesen Umständen daraus hergeleitet werden, daß er es versäumt hat, dem – wie dann weiter zu unterstellen ist – hinsichtlich der angeblichen Verspätung der Einsprüche verfehlten Standpunkt der Finanzbehörde kraft seines Mandats für die Klägerin wirksam entgegenzutreten.

a) Die Behörde stützte ihre Auffassung, die Einsprüche seien erst nach Fristablauf bei ihr eingegangen, auf die **Fiktion der Bekanntgabe in § 122 Abs. 2 AO 1977**.

Nach § 122 Abs. 2 Halbsatz 1 AO 1977 gilt ein schriftlicher Verwaltungsakt, der durch die Post im Geltungsbereich dieses Gesetzes übermittelt wird, grundsätzlich mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekanntgegeben. Steht fest, daß – und an welchem Tag – der Verwaltungsakt zur Post aufgegeben worden ist, hilft der Behörde mithin eine gesetzliche Vermutung, daß der Bescheid am dritten Tage nach der Aufgabe zur Post zugegangen ist. Zugunsten der Behörde wird eine Normalbeförderungsdauer von drei Tagen unterstellt (Kühn/Kutter/Hofmann, AO 16. Aufl. § 122 Anm. 4).

Die Bekanntgabe von Steuerbescheiden durch Aufgabe zur Post nach § 122 Abs. 2 AO 1977 ist – im Gegensatz zu der bis 1976 geltenden Regelung des § 17 VwZG – keine Form der Zustellung, sondern eine im Interesse der Behörde eingeführte vereinfachte, kostensparende Art der Abwicklung bei Massenverfahren (Frotscher, in: Schwarz, AO § 122 Rdnr. 27; Rößler, DStZ 1979, 451). Dementsprechend versagt die Zugangsfiktion, wenn der Verwaltungsakt nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt als drei Tage nach Aufgabe zur Post zugegangen ist (Nebensatz des Halbsatzes 1); **im Zweifel trägt die den Verwaltungsakt absendende Behörde die Beweislast für dessen Zugang (Halbsatz 2).**

Die Gesetzeslage bringt es indessen mit sich, daß der Empfänger eines Verwaltungsakts, der der Meinung ist, dieser sei ihm nicht innerhalb der Dreitagefrist zugegangen – sei es, weil die Postbeförderung ausnahmsweise länger gedauert habe, sei es weil der Verwaltungsakt später als an dem angegebenen Tag zur Post aufgegeben worden sei –, diesen Umstand zunächst einmal **bestreiten** muß. Stellt er den **Zugang** innerhalb von drei Tagen nach der (an sich feststehenden) Aufgabe zur Post in Abrede, so muß er substantiierte, entweder nach den Umständen des Falles oder nach seinem schlüssigen oder jedenfalls vernünftig begründeten Vorbringen **berechtigte Zweifel** an einem dritten Tage nach Aufgabe zur Post erfolgten Zugang geltend machen (BFH, BStBl 1990 II, 108, 109; v. Wallis, in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, AO 9. Aufl. § 122 Rdnr. 26 ff; Frotscher, a.a.O. § 122 AO Rdnr. 29; Kühn/Kutter/Hofmann, a.a.O.; Tipke/Kruse, AO 13. Aufl. § 122 Rdnr. 23; Klein/Orlopp, AO 4. Aufl. § 122 Anm. 4 c). Bestreitet er, daß der Verwaltungsakt überhaupt oder nicht früher als drei Tage vor dem Zugang **zur Post aufgegeben** worden ist, so gehen die Meinungen auseinander: Die überwiegende Ansicht verlangt auch hier substantiiertes Bestreiten (HessFG EFG 1985, 215; FG München EFG 1987, 438, 439; Klein/Orlopp, § 122 AO Anm. 4 a); die Gegenmeinung – die darauf verweist, daß es insoweit nicht um die Entkräftung einer gesetzlichen Vermutung gehe und der Empfänger zu behördeninternen Vorgängen, wozu die Aufgabe zur Post zähle, in der Regel gar

nicht substantiiert vortragen könne – läßt einfaches Bestreiten genügen (Röbber, DStZ 1979, 451; vgl. auch Frotzcher, a. a. O. § 122 AO Rdnr. 27). Welche Meinung den Vorzug verdient, braucht hier nicht entschieden zu werden. Denn im Verhältnis zu seiner Mandantin, der Klägerin, war der Beklagte gehalten, den „sichersten Weg“ zu gehen.

Die Pflicht zur Beschreitung des den Umständen nach „sichersten Weges“ trifft Rechtsanwälte nicht nur bei der Beratung in allgemeinen Rechtsangelegenheiten (vgl. dazu BGH, Ur. v. 5. 11. 1987 – IX ZR 86/86, GI 1988, 36 = NJW 1988, 486, 487; v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, GI 1988, 164 = NJW 1988, 179, 1080 f), **sondern in gleicher Weise bei der steuerlichen Beratung** (BGH, Ur. v. 22. 10. 1987 – IX ZR 175/86, GI 1988, 226 = NJW 1988, 563, 566). Der Rechtsanwalt hat die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen. Er muß sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Unter mehreren denkbaren Maßnahmen hat er diejenige zu wählen, welche die sicherste und gefahrloseste ist, und unter mehreren gangbaren Wegen denjenigen, auf dem der Erfolg am sichersten erreichbar ist. Gibt die rechtliche Beurteilung zu ernstlich begründeten Zweifeln Anlaß, so muß er auch in Betracht ziehen, daß sich die zur Entscheidung berufene Stelle der seinem Auftraggeber ungünstigeren Beurteilung der Rechtslage anschließt. Im Streitfall ist er verpflichtet, den Versuch zu unternehmen, die entscheidende Stelle – das Gericht, die Behörde – davon zu überzeugen, daß und warum seine Auffassung richtig ist (BGH, Ur. v. 5. 11. u. 17. 12. 1987, a. a. O.). Diese Pflicht gilt entsprechend auch für Steuerberater. Deshalb hatte sich der Beklagte auf die strengeren Anforderungen einzustellen und den Tag der Aufgabe zur Post ebenfalls substantiiert zu bestreiten.

- b) Daß es der Beklagte unterlassen habe, gegenüber der Finanzbehörde die Verspätung der Einsprüche substantiiert zu bestreiten, hat das Berufungsgericht nicht festgestellt. Es ist lediglich auf ein Telefongespräch eingegangen, das nach der Behauptung des Beklagten mit der Sachbearbeiterin des Finanzamts geführt worden ist und zu der übereinstimmenden Beurteilung geführt hat, daß die Einsprüche nicht verspätet sind. Das Berufungsgericht läßt dahingestellt, ob das Telefongespräch stattgefunden hat, und meint, der dahingehende Vortrag des Beklagten sei nicht ausreichend, „nachdem sich in den Steuerakten kein Hinweis auf ein solches Gespräch befindet und die Finanzbehörde weiterhin den 7. 7. 1986 als Absendetag behauptet“. Daraus wird nicht deutlich, ob das Berufungsgericht das prozessuale Vor-

bringen des Beklagten als unsubstantiiert oder als unschlüssig betrachtet hat. Beides wäre so nicht richtig.

2. Eine weitere Pflichtverletzung des Beklagten könnte sich daraus ergeben, daß er auch keinerlei Vorkehrungen getroffen hat, die es der Klägerin – etwa nach dem Entzug des Mandats – ermöglicht hätten, das substantiierte Bestreiten durch den Beklagten zu beweisen oder selbst noch substantiiert zu bestreiten.

Um zu einem substantiierten Bestreiten in der Lage zu sein und darüber hinaus den Standpunkt seiner Mandantin möglichst wirksam vertreten zu können, genügte es nicht, daß der Beklagte wußte, wann die Bescheide ihm zugegangen waren. Er mußte vielmehr darauf bedacht sein, das Datum des Zugangs zu „objektivieren“. Deshalb hatte er Maßnahmen zu treffen, die zum Nachweis der Fristwahrung dienen konnten. Davon ist im Grundsatz auch das Berufungsgericht ausgegangen.

- a) Wenn es aus der angeblich „**unzureichenden Dokumentation**“ des Beklagten dessen Haftung herleitet, so muß dies freilich Bedenken wecken. **Für den Bereich der Anwaltshaftung hat der Bundesgerichtshof lediglich Beweiserleichterungen erwogen, falls der Rechtsanwalt Feststellungen oder Maßnahmen, die er anlässlich der Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten trifft, nicht schriftlich niederlegt, obwohl derjenige, dessen Belange er wahrzunehmen hat, die Feststellungen oder Maßnahmen – durch die er in seinen Interessen entscheidend berührt wird – nicht selbst erkennen oder beurteilen kann** (BGH, Urt. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86, GI 1988, 100 = NJW 1988, 200, 203 = JZ 1988, 656, m. Anm. v. Giesen; vgl. weiterhin Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 503, 524; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 2. Aufl. S. 113, 130 f; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Aufl. Rdnr. 1 142, 270; Heinemann, NJW 1990, 2345, 2354). **Eine selbständige, allgemeine Dokumentationspflicht, deren Verletzung schadenersatzpflichtig macht, ist abzulehnen** (ebenso Vollkommer, a. a. O. Rdnr. 524). Auch die Befürworter einer Dokumentationspflicht sehen darin eine typische Hilfspflicht. Dokumentiert werden sollen die Vorgänge, die die ordnungsgemäße Bearbeitung des übertragenen Mandats belegen (Heinemann, a. a. O.). Schadenersatzpflichtig macht gegebenenfalls nur die nicht ordnungsgemäße Bearbeitung des übertragenen Mandats, nicht die unterbliebene oder den Sachverhalt verschleiende Dokumentation. Diese kann allenfalls zu Beweismängeln führen. Soweit es für den Rechtsanwalt geboten

erscheint, sich schriftliche Aufzeichnungen zu machen – sei es, um zu den getroffenen Feststellungen oder Maßnahmen später substantiiert vortragen zu können, sei es zur Unterstützung des Gedächtnisses –, ist dies keine „Dokumentation“ in dem vorstehend erörterten Sinne; es gehört vielmehr selbst zur ordnungsgemäßen Bearbeitung des Mandats. **Das gilt ebenso für den steuerlichen Berater.**

- b) Die Vorinstanz hat dem Beklagten zur Last gelegt, er „hätte... den mit seinem Eingangsstempel versehenen Steuerbescheid bei seinen Handakten aufbewahren müssen“. **Eingehende Post, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird**, muß – darin ist dem Berufungsgericht recht zu geben – mit **einem Eingangsstempel gekennzeichnet werden, oder der Tag des Einganges ist in einem Vermerk festzuhalten** (zur entsprechenden Pflicht für Rechtsanwälte vgl. BGH, Beschl. v. 12. 3. 1969 – IV ZB 3/69, NJW 1969, 1297, 1298; v. 19. 6. 1974 – IV ZB 14/74, VersR 1974, 1099; v. 22. 3. 1983 – VI ZR 283/82, VersR 1983, 559, 560). Das Berufungsgericht hat aber nicht festgestellt, daß der Beklagte den Tag des Eingangs in seinen Handakten (hinsichtlich derer es für möglich hält, daß sie dem Beklagten abhanden gekommen sind) nicht vermerkt hat. Die eingangs wiedergegebene Formulierung enthält keine Tatsachenfeststellung.
- c) Meinungsverschiedenheiten über den Tag des Zugangs einer Postsendung lassen sich oft durch den **Poststempel auf dem Briefumschlag** ausräumen. Es ist deshalb zumindest empfehlenswert, diesen so lange aufzubewahren, als er noch als Beweismittel dienen kann. Auch hierzu fehlen Feststellungen. Es ist nicht bekannt, ob der Beklagte die – falsch adressierten – Bescheide direkt oder auf Umwegen, mit oder ohne Umschlag erhalten und ob er einen etwa vorhandenen Umschlag zu den Handakten genommen hat oder nicht.
- d) Ob der Beklagte – wie das Berufungsgericht meint – im Interesse seiner Mandantin bereits bei Einlegung der Einsprüche die Finanzbehörde hätte darauf hinweisen müssen, daß das Ausstellungsdatum nicht dem Tag der Aufgabe zur Post entsprechen könne, braucht nicht entschieden zu werden. Denn das Berufungsgericht hat nicht festgestellt, daß diese Unterlassung für den unstreitig eingetretenen Schaden ursächlich geworden ist.
- e) Eine wirksame Reaktion des Beklagten war allerdings spätestens nach Erhalt des Schreibens des Finanzamts vom 28. 8. 1986 geboten. Darin wies die Behörde unmißverständlich darauf hin, daß sie die Einsprüche für verspätet erachtete, und bat darum, binnen 14 Tagen entweder Gründe für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mitzuteilen

oder die Einsprüche zurückzunehmen. Indem der Beklagte daraufhin angeblich mit der Sachbearbeiterin des Finanzamts telefonierte (vom Bundesgericht offengelassen), hat er **gegenüber seiner Mandantin** noch nicht alles Erforderliche getan. Er war ihr gegenüber verpflichtet, bei der Finanzbehörde substantiiert zu bestreiten – das konnte gegebenenfalls auch fernmündlich geschehen – und weiterhin dafür zu sorgen, daß diese Tatsache (das substantiierte Bestreiten) notfalls, etwa in einer späteren Auseinandersetzung vor Gericht, auch substantiiert vorgetragen werden konnte. Selbst wenn die Sachbearbeiterin der Steuerbehörde bei dem fraglichen Telefongespräch – wie der Beklagte vorgetragen hat – mit ihm einig gewesen sein sollte, daß die Einsprüche eben doch rechtzeitig seien, und das Schreiben vom 28.8.1986 für gegenstandslos erklärt haben sollte, durfte sich der Beklagte nicht darauf verlassen, daß seine Gesprächspartnerin hierüber einen amtlichen Vermerk fertigte und die Behörde fortan entsprechend der neuen Einsicht verfuhr. Das Gespräch konnte dort in Vergessenheit geraten; die Sachbearbeiterin konnte versetzt werden, aus dem Dient ausscheiden oder versterben. Der Beklagte mußte deshalb selbst einen Vermerk über dieses – für seine Mandantin bedeutsame – Gespräch fertigen und zu seinen Handakten nehmen. Daß sich in den Handakten des Beklagten keine **Gesprächsnotiz** befindet, hat das Berufungsgericht aber nicht festgestellt. Allerdings führt es weiter aus, daß der Beklagte „das Gesprächsergebnis der Finanzbehörde (hätten) ... zuleiten“ müssen. Ob der Beklagte zu einem derartigen „Bestätigungsschreiben“ verpflichtet war, erscheint fraglich, kann indessen dahinstehen. Das Berufungsgericht hat weder festgestellt, daß ein „Bestätigungsschreiben“ unterblieb, noch hat es aufgeklärt, wie sich die Steuerbehörde verhalten hätte, wenn ihr ein solches Schreiben zugegangen wäre. Es ist demnach nicht nachgewiesen, ob eine etwaige Pflichtwidrigkeit für den Schaden ursächlich geworden ist.

3. Mit dem an den Beklagten gerichteten Vorwurf, er habe „die Klägerin nicht in die Lage versetzt ... , substantiiert vortragen zu können, daß durch die am 20.8.1989 eingegangenen Einsprüche die Rechtsbehelfsfrist gewahrt worden sei“, könnte das Berufungsgericht auch gemeint haben, der Beklagte habe die Klägerin bei Beendigung des Mandats unzureichend über den Stand der Auseinandersetzung unterrichtet und ihr insbesondere die Kenntnisse vorenthalten, die sie zum erfolgreichen Abschluß benötigt habe.

Diese Kenntnisse erhielt die Klägerin aber spätestens im Verlaufe des vorliegenden Rechtsstreites. Nach dem unbestrittenen Vorbringen des

Beklagten waren die Steuerbescheide noch an die frühere Sozietät des Beklagten gerichtet, also mit einer falschen Anschrift ausgestellt. Nach allgemeiner Ansicht reicht dies zur Substantiierung und zur Begründung von Zweifeln gegenüber der „Dreitagevermutung“ aus (BFH, BStBl 1962 III, 454, 455; FG Hamburg EFG 1981, III; Tipke/Kruse, § 122 AO Rdnr. 23; Klein/Orlopp, § 122 AO Anm. 4 c; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdnr. 185). Da der Klägerin die falsche Adressierung bekannt geworden ist, bevor die Steuerbescheide bestandskräftig wurden – die Entscheidung des Finanzamts über den Einspruch gegen den Umsatzsteuerbescheid 1982 datiert vom 31. 1. 1990; den Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 1982 hat die Klägerin mit Schreiben vom 19. 12. 1989 zugunsten eines Antrages auf Änderung des Steuerbescheides fallengelassen –, kann eine etwa unzureichende Information bei Mandatsende für den Schaden nicht ursächlich geworden sein.

In diesem Zusammenhang ist weiter darauf hinzuweisen, daß die Klägerin spätestens durch den jetzigen Prozeßvortrag des Beklagten – rechtzeitig vor der Entscheidung über die Einsprüche – eine Reihe von zusätzlichen Erkenntnissen gewonnen hat, die, falls sie an die Steuerbehörde weitergegeben worden wären, ebenfalls als substantiiertes Bestreiten hätten gewertet werden können und die Steuerbehörde zum Beweise rechtzeitigen Zugangs genötigt hätten. Der Beklagte hat immer behauptet, er habe die streitgegenständlichen Steuerbescheide für das Jahr 1982 zusammen mit den entsprechenden Bescheiden für 1983 erhalten. Dafür gibt ein zweites Schreiben des Finanzamts vom 28. 8. 1986 einen gewissen Anhalt: Darin hat dieselbe Sachbearbeiterin zu den Steuerbescheiden 1983 mitgeteilt, diese seien (wie die Steuerbescheide 1982) am 11. 8. 1986 rechtskräftig geworden – obwohl die Steuerbescheide für das Jahr 1983 unstreitig erst am 7. bzw. 8. 8. 1986 zur Post aufgegeben worden waren. Merkwürdigerweise findet sich dann wieder auf beiden Schreiben vom 28. 8. 1986 ein möglicherweise von der Sachbearbeiterin des Finanzamts stammender – durch einen Telefonanruf des Beklagten veranlaßter? – handschriftlicher Vermerk „Frist: 11. 9. 1986“. Ein Fristablauf an diesem Tage könnte auf den 8. 8. 1986 als Tag der Aufgabe zur Post hindeuten, von dem dann hinsichtlich sämtlicher Bescheide – auch derjenigen für das Jahr 1982 – auszugehen wäre. Es ist nicht festgestellt, daß die Klägerin diese Umstände – und die falsche Adressierung der Bescheide – dem Finanzamt vorgetragen hat.

III.

Das angefochtene Urteil ist mithin aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zu-

rückzuverweisen. Dieses wird festzustellen haben, ob der Beklagte den angeblichen Tag der Aufgabe zur Post oder den Zugang innerhalb der Dreitagefrist gegenüber dem Finanzamt substantiiert bestritten und ob der Beklagte die Vorkehrungen getroffen hat, die erforderlich waren, damit die Klägerin ihrerseits bei der Steuerbehörde mit Erfolg die Rechtzeitigkeit der Einsprüche geltend machen konnte. Gegebenenfalls wird es weiterfeststellen müssen, ob die Steuerbescheide, die zu dem Schaden der Klägerin geführt haben, dem Beklagten mehr als einen Monat vor dem 20. 8. 1986 zugegangen sind.

Da es bei all dem nicht um den Einwand der Erfüllung vertraglicher Pflichten, sondern umgekehrt um eine Pflichtverletzung geht, trifft die Klägerin dafür (BGH, Ur. v. 16. 10. 1984 – VI ZR 304/82, GI 3/85 = NJW 1985, 264, 265) – und für die Ursächlichkeit einer etwaigen Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden (BGH, Ur. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86, GI 1986, 100 = NJW 1988, 200, 203) – die Beweislast.

Gelingt ihr der Beweis, wird die Frage ihres Mitverschuldens zu prüfen sein. **Zum Mitverschulden könnte es der Klägerin insbesondere gereichen, daß sie die Einspruchsverfahren nicht erfolgsversprechend weiterbetrieben und anschließend den Klageweg nicht beschritten hat.** Voraussetzung wäre zwar, daß eine gewisse Erfolgsaussicht bestanden hat. Daran ist aber – wie oben (II 3) bereits ausgeführt worden ist – nicht zu zweifeln. Allerdings kann der rechtliche oder steuerliche Berater, der seine Pflichten vernachlässigt hat, dem Mandanten regelmäßig nicht als Mitverschulden entgegenhalten, daß er selbst dazu hätte in der Lage sein müssen, was der Berater versäumt hat (BGH, Ur. v. 12. 3. 1986 – IV a ZR 183/84, GI 1986, 73 = WM 1986, 675, 677; v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90, GI 1992, 59 = NJW 1992, 307, 309 z.V. in BGHZ bestimmt; v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91, z.V. in BGHR bestimmt). Dieser Grundsatz entbindet den Mandanten aber nicht von der aus § 254 Abs. 2 Satz 1 Fallgruppe 2 BGB herzuleitenden Verpflichtung, **nach dem Entzug des Mandats alle ihm möglichen und zumutbaren Schritte zu unternehmen, um den Schaden abzuwenden oder zu mindern.** Da die Klägerin zu einem Zeitpunkt, als die Gefahr eines Schadens bereits offen zutage lag, dem Beklagten die Wahrnehmung ihrer Interessen untersagt und obendrein einen neuen Steuerberater beauftragt hatte – weil sie Grund zu der Annahme zu haben glaubte, der Beklagte habe nicht alles getan, um der Gefahr zu begegnen –, kann sie sich jetzt nicht mehr darauf berufen, sich auf den Beklagten verlassen zu haben. Um so weniger kann sie geltend machen, darauf vertraut zu haben, der Beklagte werde die Einspruchsverfahren weiter – bis zum erfolgreichen Abschluß – fördern. Selbst wenn sie keinen neuen Steuerberater beauftragt hätte, wäre ihr zuzumuten gewesen, die

tatsächlichen Umstände, mit denen sich der Beklagte im vorliegenden Verfahren verteidigte, der Einspruchsbehörde zur Kenntnis zu bringen, um die bestandskräftige Zurückweisung ihrer Einsprüche zu verhindern. Bis es dazu kam, hatte der Beklagte im vorliegenden Rechtsstreit fast alle Tatsachen vorgetragen, die für ein substantiiertes Bestreiten gegenüber der Finanzbehörde wesentliche waren. Lediglich auf deren Schreiben vom 28. 8. 1986 bezüglich der Einkommen- und Umsatzsteuerbescheide 1983 war er noch nicht eingegangen, weil ihm dieses erst im Zuge der in zweiter Instanz gewährten Akteneinsicht bekannt wurde. Indessen kannte der nunmehrige Steuerberater der Klägerin dieses Schreiben und dessen Unrichtigkeit. Denn auf sein Betreiben hin hat das Finanzamt mit Schreiben vom 6. 7. 1987 insoweit seinen Standpunkt berichtigt. Sein Wissen muß sich die Klägerin zurechnen lassen (§ 166 Abs. 1 BGB).

Fristenkontrolle

- Rechtsanwalt
 - kein Mitverschulden des Mandanten
- (BGH, Urt. v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91 – WM 1992, 739)

Leitsatz:

Die Fristenkontrolle gehört zum ureigenen Aufgabenbereich des Rechtsanwalts. Hat er es bei einem uneingeschränkten Anwaltsvertrag versäumt, dafür Sorge zu tragen, daß die Rechte des Mandanten gegen eine drohende Verjährung gesichert werden, so kann er kein Mitverschulden daraus herleiten, daß der Mandant selbst rechtskundig ist und in der Lage gewesen wäre, den Fall unter Kontrolle zu halten.

Aus den Gründen:

.....

1. Daß der Auftraggeber eine Gefahrenlage, zu deren Vermeidung er einen Fachmann hinzugezogen hat, bei genügender Sorgfalt selbst hätte erkennen und abwenden können, begründet in aller Regel kein Mitverschulden. Insbesondere im Falle eines Beratungsvertrages kann es dem zu Beratenden nicht als mitwirkendes Verschulden vorgehalten werden, er hätte das, worüber ihn sein Berater hätte aufklären sollen, bei entsprechenden Bemühungen auch ohne fremde Hilfe erkennen

können (BGH, Urt. v. 12. 3. 1986 = WM 1986, 675, 677 = BB 1986, 192 f.; v. 17. 10. 1991 = WM 1992, 62; vgl. auch Urt. v. 16. 11. 1970 = WM 1971, 74 = BB 1971, 62; v. 1. 12. 1987 = WM 1988, 504 = NJW-RR 1988, 855, 856). Dies gilt insbesondere im Verhältnis des Rechtsanwalts zu seinem Mandanten. Die rechtliche Bearbeitung eines ihm anvertrauten Falles obliegt allein dem Rechtsanwalt. Auch wenn der Mandant selbst über eine juristische Vorbildung verfügt, muß er darauf vertrauen können, daß der beauftragte Anwalt die anstehenden Rechtsfragen fehlerfrei bearbeitet, ohne daß eine Kontrolle notwendig ist. Daher kommt ein Mitverschulden des Mandanten grundsätzlich nicht in Betracht, soweit es um die rechtliche Bearbeitung des Falles geht (Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Aufl., Rdn. I 115; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht, 1989, Rdn. 417; vgl. auch OLG Düsseldorf VersR 1980, 483).

2. Auch die Umstände des vorliegenden Falles rechtfertigen keine andere Beurteilung. Nach den rechtlich einwandfreien Feststellungen des Berufungsgerichts hatte die Klägerin die Beklagten rechtzeitig mit der Geltendmachung ihrer Ansprüche beauftragt. Wenn diese dann der Klägerin den Vorschlag unterbreiten, zunächst einmal – insbesondere aus Kostengründen – den Ausgang des Klageverfahrens T. gegen C. abzuwarten, war es allein Sache der Beklagten, das damit verbundene Verjährungsrisiko abzusichern.

- a) Verfehlt ist die Begründung des Berufungsgerichts, da nicht auszuschließen gewesen sei, daß der Prozeß ihres Bediensteten T. drei Jahre nach dem Unfall noch andauern werde, hätte sich die Klägerin ihre weiteren Schritte selbst überlegen müssen. Dem widerspricht die Feststellung des Berufungsgerichts, die Klägerin habe die Beklagten mit der Verfolgung ihrer Ansprüche beauftragt. Da diese den Auftrag angenommen haben, waren sie verpflichtet, mit der Klägerin das weitere Vorgehen zu besprechen und sie insoweit – umfassend und das Interesse des Mandanten in bestmöglicher Weise wahrend (BGH, Urt. v. 17. 3. 1988 = WM 1988, 905, 907; st. Rspr.) – zu beraten. Selbst wenn der Umfang der Beratungspflicht eines Anwalts bei einer rechtskundigen Partei nicht soweit geht wie bei einem rechtlichen Laien (Vollkommer, a. a. O., Rdn. 159 m. w. N.), so entfällt sie doch nicht völlig.

Regelmäßig ist die Fristenkontrolle nicht Sache des Mandanten. Sie gehört vielmehr zum ureigenen Aufgabenbereich des Rechtsanwalts (OLG Düsseldorf VersR 1980, 483, 484). Er hat dafür Sorge zu tragen, daß die Rechte des Mandanten gegen eine drohende

Verjährung gesichert werden (BGH, Urt. v. 13. 7. 1971 = VersR 1971, 1119, 1121, st. Rspr.). Das gilt auch dann, wenn der **Mandant ein Wirtschaftsunternehmen oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit eigener Rechtsabteilung** ist und in der Lage gewesen wäre, den Fall selbst unter Kontrolle zu halten. Denn aus dem Abschluß eines uneingeschränkten Anwaltsvertrages will auch ein solcher Mandant die Sicherheit schöpfen, daß jedenfalls der Anwalt „aufpassen“ wird. Da diese Erwartung für den Anwalt erkennbar ist, sind an seine Sorgfaltspflichten grundsätzlich keine geringeren Anforderungen zu stellen als bei einem Mandatsverhältnis mit einer rechtsunkundigen Partei. Insoweit ist auch nicht zwischen Rechtsmittel- und Verjährungsfristen zu unterscheiden.

Ausnahmsweise wird es an einer Belehrungsbedürftigkeit des rechtsunkundigen Mandanten dann fehlen, wenn der Anwalt mit Sicherheit davon ausgehen kann, die Partei sei sich des Risikos der Verjährung bewußt und kenne auch den Zeitpunkt des Fristablaufs. In dieser Richtung hatten die Beklagten aber nicht den geringsten Hinweis. Die Verjährung war zwischen den Parteien nie ein Thema gewesen. Unter diesen Umständen durften die Beklagten nicht erwarten, die Rechtsabteilung der Klägerin habe das Problem der Verjährung im Blick.

- b) Ein Mitverschuldensvorwurf kann auch nicht daraus hergeleitet werden, daß das Mandat etwa nicht mit der wünschenswerten Klarheit erteilt worden sei. Mit Schreiben vom 5. 3. 1985, in dem die Beklagten – unter Anfügung einer ihnen vorliegenden Stellungnahme der Schädigerseite – Vorschläge für ein zweckmäßiges Vorgehen unterbreiteten und versprachen, auf den Fall zurückzukommen, haben sie den Auftrag angenommen.

Wenn sich die Klägerin die Entscheidung darüber, wie „im Streitfall“ gegen den/die Schädiger vorzugehen war, vorbehalten haben sollte – das entnimmt das Berufungsgericht offenbar im Wege eines Umkehrschlusses der Formulierung des Auftrags, die Beklagten sollten die Ansprüche der Klägerin „im Rahmen ... (der) Verhandlungen mit dem Schädiger“ geltend machen –, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß die Klägerin selbst auf die Durchsetzbarkeit ihrer Ansprüche achten mußte und sich nicht uneingeschränkt darauf verlassen durfte, die Beklagten würden die Fristen genau überwachen. Denn die – in Wahrheit immer dem Mandanten verbleibende (Vollkommer, a. a. O., Rdn. 163) – Entscheidungsfreiheit über das Vorgehen „im Streitfall“ nützte der Klägerin nichts, wenn die mit der außergerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche betrauten Beklagten jene verjähren ließen, noch ehe „der Streitfall“ eintrat.

Haftung des Rechtsanwaltes

- Flucht in die Säumnis
 - fehlerhafter Mahnbescheidsantrag
 - Rückwirkung des Mahnbescheides, § 693 Abs. 2 ZPO
- (Hanseatisches OLG Hamburg, Urt. v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Läßt ein Anwalt ein Versäumnisurteil gegen den Mandanten ergehen, so liegt darin grundsätzlich eine Verletzung des Anwaltsvertrages.
2. Die „Flucht in die Säumnis“ ist in Ausnahmefällen gerechtfertigt: z. B. ungenügender Parteivortrag oder mangelnde Vorschußzahlung.
3. Zu einem Verhandlungstermin ist der Prozeßstoff soweit vorzubereiten, daß der Anwalt auf Bedenken und Hinweis des Gerichts bezüglich der Antragstellung sachgerecht reagieren kann.
4. Es ist nicht möglich, einem von mehreren prozessualen Verteidigungsmitteln den prozessualen Vorrang zu verleihen. Eine nur vorsorglich erhobene Verjährungseinrede ist mit dem übrigen Verteidigungsvorbringen gleichwertig.
5. Ein Mahnbescheid wirkt gemäß § 693 Abs. 2 ZPO auf den Zeitpunkt der Einrechnung des Antrages zurück, wenn der Antragsteller alles ihm Mögliche getan hat, um die Voraussetzungen für die alsbaldige Zustellung zu schaffen. Verursacht der Antragsteller durch schuldhaftes Verhalten Verzögerungen, dürfen diese nur geringfügig sein und allge-
mein nur ca. 2 Wochen betragen.
hier: Unzuständiges Gericht und fehlerhaftes Rubrum.

Aus den Gründen:

I.

Das Klagebegehren des Klägers ist begründet, soweit er von den Beklagten zu 1) bis 6) als Gesamtschuldnern Ersatz des Betrages von 1.624,50 DM begehrt, die er als Anwaltsgebühr aufgrund des Teil-Versäumnisurteils vom 4.12.1984 hat zahlen müssen.

Grundlage des Anspruchs ist die Verletzung des zwischen den Parteien bestehenden **Anwaltsvertrages** als entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag i. S. des § 675 BGB (vgl. zum letzteren Palandt/Putzo, 50. Aufl., Einführung vor § 611 BGB Rdn. 21). Für diese Verletzung i. S. einer positiven Forderungsverletzung haben die Beklagten zu 1) bis 6) als **Mitglieder der**

Anwaltssozietät gesamtschuldnerisch einzustehen (BGH VersR 73, 231/232). Nimmt ein Mitglied einer Sozietät ein Mandat an, so handelt es regelmäßig namens der Sozietät (Borgmann/Haug Anwaltshaftung, 2. Aufl., S 213/4). Es verpflichtet daher nicht nur sich selbst, sondern auch seine Sozien (BGHZ 56, 355).

Die Pflichtverletzung liegt darin, daß Rechtsanwalt Dr. T. in dem Verfahren 4 0 9/81 des Landgerichts Hamburg im Verhandlungstermin vom 13. 11. 1984 ein Teil-Versäumnisurteil gegen den von ihm vertretenen Kläger hat ergehen lassen, weil Rechtsanwalt Dr. T. nicht in der Lage gewesen ist, die erforderlichen Klageanträge zu stellen. **Läßt ein Anwalt ein Versäumnisurteil gegen den Mandanten ergehen, so liegt darin grundsätzlich eine Verletzung des Anwaltsvertrages** (Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht, 1989, Rdn. 625). Der Mandant trägt stets den Nachteil der vorläufigen Vollstreckbarkeit (§ 708 Nr. 2 ZPO) und der Säumniskosten (§ 344 ZPO). Daher darf der Mandant von seinem Prozeßbevollmächtigten grundsätzlich erwarten, daß dieser den Prozeß so sorgfältig vorbereitet und sachgerecht fördert, daß es nicht zu einer Säumnissituation kommt.

Allerdings gibt es in der Praxis Situationen, in denen der Rechtsanwalt die **Flucht in die Säumnis** antreten sollte, insbesondere bei ungenügendem Parteivortrag oder mangelnder Vorschußzahlung (vgl. Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Aufl., Rdn. I 274 u. 276). Die Beklagten haben jedoch nicht dargetan (entsprechend § 282 BGB), daß sich Rechtsanwalt Dr. T. in einer entsprechend zu bewertenden Ausnahmesituation befunden hat.

Die Beklagten verteidigen das Verhalten von Rechtsanwalt Dr. T. damit, daß der Kammervorsitzende des Landgerichts in einem Telefongespräch angekündigt habe, angesichts der außerordentlichen rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten könne es sich bei dem Termin vom 13. 11. 1984 nur um einen Erörterungstermin handeln; die Parteien würden alsdann Gelegenheit zur weiteren Vorbereitung und Antragstellung erhalten. Mit der dann vorgesehenen Vertagung nach längerer Termindauer sei der Beklagtenvertreter nicht einverstanden gewesen. Darauf sei es zu einer längeren Verhandlungsunterbrechung gekommen, während der Rechtsanwalt Dr. T. zwar Sachanträge formuliert, aber die Hinweise des Vorsitzenden nur unzureichend habe berücksichtigen können, zumal Rechtsanwalt Dr. T. in einer dringenden Angelegenheit eine Flugreise habe antreten müssen (Schriftsatz vom 13. 2. 1991).

Zunächst einmal ist nicht ersichtlich, daß es Rechtsanwalt Dr. T. nicht möglich gewesen ist, die Sachanträge bereits in der Klage so vorzuformulieren, daß er sie in dem anstehenden Termin hätte stellen können.

Für ihn als Vertreter des Klägers hat es nahegelegen, die Klage erst einzureichen, nachdem er sich über die verfahrenserheblichen Fakten hinreichend informiert hatte. Es ist nichts dafür vorgetragen worden, daß diese Möglichkeit nicht bestanden hat.

Sodann hat Rechtsanwalt Dr. T. nicht darauf vertrauen können, daß in dem Termin vom 13. 11. 1984 keine Sachanträge gestellt werden müßten. Einen – isolierten – Erörterungstermin sieht die Prozeßordnung nicht vor. Wenn der Kammervorsitzende von einem Erörterungstermin gesprochen hat, dann ist damit nicht ausgeschlossen worden, daß nach der Erörterung streitig verhandelt werden würde. Gemäß § 137 Abs. 1 ZPO beginnt die mündliche Verhandlung mit der Stellung der Anträge. Die Antragstellung hätte sich somit an die Erörterung der angekündigten Anträge i. S. des § 139 Abs. 1 Satz 1 ZPO anschließen müssen. Der Prozeßgegner konnte grundsätzlich erwarten und darauf dringen, daß in einem Verhandlungstermin auch streitig verhandelt wird. Darauf hatte sich Rechtsanwalt Dr. T. einzustellen. Offensichtlich ist er zu einem Verhandlungstermin geladen worden. Er hatte den Prozeßstoff soweit vorzubereiten, daß er auf Bedenken und Hinweise des Gerichts bezüglich der Antragstellung sachgerecht hätte reagieren können. Dafür, daß auch die Kammer davon ausgegangen ist, daß Rechtsanwalt Dr. T. dieses hätte möglich sein müssen, spricht der Umstand, daß sie nicht die Verhandlung entsprechend § 278 Abs. 4 ZPO vertagt hat, sondern den Antrag auf Erlaß eines Teil-Versäumnisurteils entgegengenommen und diesem entsprochen hat.

Die gegen den Beklagten zu 7) gerichtete Klage erweist sich als unbegründet, weil dieser Beklagte nach dem unwidersprochenen Vorbringen der Beklagten im Senatstermin vom 22. 3. 1991 erst seit dem 1. 1. 1990 der Sozietät der Beklagten angehört und daher für das vor seinem Eintritt liegende schadenersatzpflichtige Geschehen nicht einzustehen hat.

II.

Die Beklagten halten mit Erfolg den mit dem Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Bad Segeberg vom 30. 6. 1989 titulierten Schadenersatzanspruch in Höhe von 18.155,58 DM die erst mit ihrer Berufung erhobene Verjährungseinrede entgegen. Der Senat ist nicht gehindert, seine Entscheidung auf diese Einrede zu stützen, obgleich die Beklagten sie nur vorsorglich erhoben haben. Grundsätzlich ist das Verteidigungsvorbringen stets gleichwertig; es gibt – von der Hilfsaufrechnung abgesehen – keine echte Hilfsverteidigung. Daher hat ein Beklagter **nicht das Recht, einem von mehreren prozessualen Verteidigungsmitteln den prozessualen Vorrang zu verleihen**. Er kann das Gericht nicht zu einer Beweis-

aufnahme zwingen mit der Erklärung, von einem Verteidigungsmittel mache er nur vorsorglich – hilfsweise – Gebrauch (vgl. dazu Schneider, Der Zivilrechtsfall in Prüfung und Praxis, 7. Aufl., Rdn. 924).

Es wäre eine Beweisaufnahme erforderlich, wenn der Senat die Verjährungseinrede nicht berücksichtigen würde. Das folgt aus den insoweit zutreffenden Gründen des angefochtenen Urteils. Dem Kläger war gegen die übrigen Miterben ein anteiliger Erstattungsanspruch in Höhe von 18.155,58 DM erwachsen, weil er in dem überwiegend erfolgreichen Prozeß betreffend die Geltendmachung von Pflichtteilsansprüchen der Erbengemeinschaft mit einem Kostenanteil von 24.207,44 DM belastet worden war. Das Prozeßführungsrecht des Klägers folgt aus § 2039 BGB. Sein Erstattungsanspruch gegen die anderen Miterben ergibt sich aus den §§ 683, 684 Satz 2 BGB. **Die Miterben haben die Prozeßführung des Klägers zumindest dadurch genehmigt, daß sie die von ihm erstrittenen, auf sie entfallenden Pflichtteilsbeträge entgegengenommen haben.** Sie können daher dem Kläger nicht mit Erfolg entgegenhalten, seine Prozeßführung sei gegen ihren Willen erfolgt. Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, daß die Kostenbelastung des Klägers daraus resultiert, daß er teilweise unterlegen ist. Entweder hat man dieses bei Klageerhebung nicht voraussehen können, so daß die Miterben diesen Umstand dem Kläger nicht anlasten können. Oder man hätte die Zuvielforderung bei Klageerhebung erkennen können. Dann hätte Rechtsanwalt Dr. T. für die mit der Zuvielforderung verbundene Kostenlast einzustehen. Zu dessen Entlastung haben die Beklagten jedenfalls nichts vorgetragen (§ 282 BGB).

Der gegen die Miterben bestehende **Erstattungsanspruch** ist dem Kläger dadurch genommen worden, daß er in dem **Auseinandersetzungsvorgleich der Miterben vom 7.4.1986 nicht berücksichtigt worden** ist und dieser Vergleich als Verzicht auf den Erstattungsanspruch gilt. Vor diesem Hintergrund wäre daher dem unter Zeugenbeweis gestellten Verteidigungsvorbringen der Beklagten im Schriftsatz vom 5.3.1990 nachzugehen, der Vergleich wäre nicht zustande gekommen, wenn der Kläger auf seinen Erstattungsanspruch nicht verzichtet hätte. Im übrigen müßte in diesem Zusammenhang ferner geklärt werden, wie sich die Rechtslage für den Kläger insgesamt gestaltet hätte, wenn es nicht zu dem Vergleich gekommen wäre, sondern er seine berechtigten Ansprüche gegen die Miterben im Klagewege hätte durchsetzen müssen. Diese schwierige und zeitaufwendige Klärung erübrigt sich aufgrund der Verjährungseinrede der Beklagten.

Mit der Verjährungseinrede wenden sich die Beklagten gegen ein Schadenersatzbegehren, das sich gleichfalls auf eine Verletzung des

Anwaltsvertrages zwischen den Parteien stützt. Die Pflichtverletzung, die der Kläger Rechtsanwalt Dr. T. zur Last legt, liegt darin, daß er nicht dafür Sorge getragen hat, daß in dem Auseinandersetzungsvergleich der Kostenerstattungsanspruch des Klägers Berücksichtigung gefunden hat.

Die dreijährige **Verjährungsfrist des § 51 I. Altern. BRAO** ist durch den Vergleichsabschluß in Lauf gesetzt worden. Die Frist beginnt mit der Entstehung des Anspruchs. Dieser ist durch den Vergleich begründet worden, weil die unter Nr. VI 2 enthaltene Vereinbarung, daß alle wechselseitigen Ansprüche ausgeglichen sind, dem Kläger den Erstattungsanspruch genommen hat.

Die am 7. 4. 1986 in Lauf gesetzte Verjährungsfrist ist am 7. 4. 1989 abgelaufen. Die Zustellung des Mahnbescheides des Amtsgerichts Bad Segeberg vom 8. 6. 1989 hat diese Frist nicht mehr gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB unterbrechen können.

Die Voraussetzungen der **Rückwirkung des Mahnbescheides gemäß § 693 Abs. 2 ZPO** auf den Zeitpunkt der Einreichung des Antrages beim Amtsgericht Hamburg am letzten Tag der Verjährungsfrist, den 7. 4. 1989, sind nicht gegeben, weil die Zustellung des Mahnbescheides nicht demnächst erfolgt ist, wie die genannte Bestimmung voraussetzt. Danach muß der Antragsteller alles ihm Mögliche tun, um die Voraussetzungen für die alsbaldige Zustellung zu schaffen. Verzögerungen, die durch sein (oder seines Anwalts – § 85 Abs. 2 ZPO –) schuldhaftes Verhalten verursacht werden, dürfen nur geringfügig sein und allgemein nur ca. 2 Wochen betragen (vgl. Zöller/Vollkommer, 16. Aufl., § 693 ZPO Rdn. 5 m.w.N.). Zwischen dem Eingang des Mahnbescheidantrages und dem Erlaß des Bescheides liegen jedoch gut zwei Monate. Diese Verzögerung ist durch einen **mangelhaften Mahnbescheidantrag** bedingt und damit dem Kläger zuzurechnen. Zum einen ist der Antrag an das Amtsgericht Hamburg gerichtet und gesandt worden, obgleich gemäß § 689 Abs. 2 Satz 1 ZPO das für den Wohnsitz des Klägers maßgebende Amtsgericht Bad Segeberg ausschließlich zuständig gewesen ist. Zum anderen sind die Beklagten in dem Mahnbescheidantrag mit „Rechtsanwälte L. & Partner“ unzulänglich bezeichnet worden. Gemäß § 690 Abs. 1 Nr. 1 ZPO hätten alle Beklagten zumindest mit ihren Nachnamen angegeben werden müssen. Die gewählte **Firmenbezeichnung** ist falsch, weil gemäß § 17 Abs. 2 AGB lediglich Kaufleute unter ihrer Firma verklagt werden können, die Sozietät der Beklagten jedoch eine Gesellschaft Bürgerlichen Rechts darstellt, für die das Firmenrecht gerade nicht gilt. Zudem ist die Firmenbezeichnung irreführend gewesen, weil mit ihr auch Rechtsanwalt M. L. erfaßt wird, der bereits 1985 aus der Sozietät ausgeschieden war. Gegen ihn hat sich offensichtlich der Anspruch nicht richten sollen. Wäre das

doch der Fall gewesen, dann hätte er mit seiner Wohnanschrift benannt werden müssen. Der zuständige Rechtspfleger hat auch nicht die Möglichkeit gehabt, allein gegen Rechtsanwalt L. einen Mahnbescheid zu erlassen. Denn nach der gewählten Sozietätsbezeichnung L. & Partner wäre damit gerade der an 1. Stelle genannte und bereits ausgeschiedene Rechtsanwalt M. L. erfaßt worden und nicht der noch der Sozietät angehörige Rechtsanwalt Dr. M. L. Dabei ist auch zu bedenken, daß der Mahnbescheid dazu dient, über den Vollstreckungsbescheid einen Titel zu schaffen. Daher bedarf er der zutreffenden Schuldnerbezeichnung, damit der Titel einen vollstreckungsfähigen Inhalt bekommt. Insoweit unterscheidet sich der hier zu beurteilende Sachverhalt von der vom Kläger zitierten Entscheidung des Bundesgerichtshofs (NJW 77, 1686 f.), der sich mit einer Klage – und nicht einem Mahnverfahren – gegen eine Wohnungseigentümergeinschaft befaßt. Im übrigen kann eine Anwaltssozietät nicht einer Wohnungseigentümergeinschaft gleichgestellt werden, für die sich aus dem Wohnungsgrundbuch ohne weiteres feststellen läßt, welche Mitglieder zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Gemeinschaft gehört haben.

Auch im übrigen wehrt sich der Kläger ohne Erfolg gegen das hier aufgezeigte Ergebnis mit dem Hinweis auf verschiedene, in seinem Schriftsatz vom 18. 2. 1991 wiedergegebene Gerichtsentscheidungen.

Soweit es um die Einreichung des **Mahnbescheidantrages beim unzuständigen Gericht** geht, hat zwar der Bundesgerichtshof (NJW 83, 1050 f., 1052; vgl. dazu auch BGH NJW 90, 1368, Nr. 3 b) die dadurch bedingte Verzögerung toleriert, aber nur unter der Voraussetzung, daß das darin liegende Verschulden des Antragstellers als geringfügig zu werten ist. Dieses kann im konkreten Fall gerade nicht festgestellt werden. Nichts spricht dafür, daß man bei der gebührenden Vorbereitung des Mahnverfahrens die Zuständigkeit des Amtsgerichts Bad Segeberg nicht erkennen und berücksichtigen hätte können. In seiner in NJW 1983 abgedruckten Entscheidung hat der Bundesgerichtshof das in der Wahl des unzuständigen Mahngerichts liegende Verschulden deshalb als geringfügig angesehen, weil die Zuständigkeitsvorschriften ein halbes Jahr zuvor geändert worden waren. Diese bestanden jedoch bei Erlaß des hier zu beurteilenden Mahnbescheides rd. 12 Jahre unverändert fort.

Soweit der Kläger darauf hinweist, daß auch durch mehrere Fehler bedingte Verzögerungen unbeachtlich sein können und daß er die Anfragen des Amtsgerichts Hamburg nach der Schuldnerbezeichnung in 3 Wochen und nach der Verweisung binnen 3 Tagen beantwortet habe, kann dennoch nicht übersehen werden, daß **die vom Kläger verschuldete Gesamtverzögerung erheblich** ist. Die Mitteilung des richtigen Passiv-

Rubnums ist beim Amtsgericht Hamburg am 8. 5. 1989 und damit gut einen Monat nach Verjährungseintritt eingegangen. Berücksichtigt man ferner die behördeninterne Bearbeitungszeit sowie den Postlauf zum Amtsgericht Bad Segeberg, dann ergibt sich, daß die vom Kläger verschuldete Verzögerung auch dann über vier Wochen hinausgegangen wäre, wenn das Amtsgericht Hamburg sogleich beide Beanstandungen dem Prozeßbevollmächtigten des Klägers mitgeteilt hätte. Immerhin liegen zwischen der Verweisungsverfügung des Amtsgerichts Hamburg vom 25. 5. und dem Eingang des Mahnbescheidantrages beim Amtsgericht Bad Segeberg am 7. 7. 1989 fast zwei Wochen. Die hingegen in der vom Kläger angezogenen Entscheidung des **Bundesgerichtshofs in NJW 77, 1686 tolerierte, durch ein Verschulden der Klägerin bedingte Verzögerung betrug weniger als zwei Wochen.** Im übrigen wäre der zu erwartende Lauf der Dinge so gewesen, daß das Amtsgericht Hamburg zunächst auf seine Unzuständigkeit hätte hinweisen müssen und daß dann nach Abgabe an das Amtsgericht Bad Segeberg dieses auf die Bedenken gegen die Fassung des Passiv-Rubnums aufmerksam gemacht hätte. Die Nachlässigkeit der Prozeßbevollmächtigten des Klägers hätte also auch bei ordnungsgemäßer Bearbeitung durch die befaßten Gerichte zwei Rückfragen je eines Gerichts ausgelöst mit entsprechenden Beantwortungszeiträumen und Postlaufzeiten. Schließlich kann es keinesfalls als geringes Verschulden gewertet werden, daß die leicht zu beantwortende Frage nach der richtigen Fassung des Passiv-Rubnums drei Wochen in Anspruch genommen hat.

Der Kläger kann sich nicht auf eine sog. **sekundären** Schadenersatzanspruch stützen, der nicht verjährt wäre. Dieser Sekundäranspruch entsteht dann, wenn ein Rechtsanwalt seinen Auftraggeber im Rahmen eines fortbestehenden Anwaltsvertrages über einen primären Schadenersatzanspruch nicht belehrt und dieser daher verjährt. Voraussetzung für den Sekundäranspruch ist also eine weitere schuldhafte Pflichtverletzung des Rechtsanwalts. Dieser entfällt, wenn der Rechtsanwalt erkennen kann, daß der Mandant noch rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist des Primäranspruchs anderweitig über die Regreßfrage beraten wird. Das ist hier der Fall gewesen. Der Kläger hat mit Schreiben seines jetzigen Prozeßbevollmächtigten vom 2. 3. 1989 Rechtsanwalt Dr. T. zum Ersatz des Schadens von 18.155,58 DM unter Fristsetzung bis zum 10. 3. 1989 auffordern lassen. Sowohl Schreiben als auch Fristsetzung haben deutlich vor Verjährungseintritt gelegen, so daß eine besondere Hinweispflicht für Rechtsanwalt Dr. T. nicht hat entstehen können.

GI Leitsätze

Fristprüfung / ohne Aktenvorlage

Wird einem Rechtsanwalt eine Sache zur Unterzeichnung eines Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist vorgelegt, so hat er den Ablauf der Frist auch dann eigenverantwortlich nachzuprüfen, wenn ihm die Akten nicht mit vorgelegt worden sind. (BGH, Beschl. v. 19. 2. 1991, VI ZB 2/91, VersR 1991, 1269)

Wiedereinsetzungsantrag / Fristwahrung durch Mitarbeiter / Zuverlässigkeit

1. Der Rechtsanwalt darf Aufgaben zur Fristwahrung auf **zuverlässige** Mitarbeiter übertragen.
2. Bedenken gegen die Zuverlässigkeit bestehen nicht deshalb, weil die Ausbildung eines Anwaltsgehilfen erst vor einem knappen Jahr abgeschlossen wurde und erst seit diesem Zeitpunkt ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Rechtsanwalt besteht.
3. Unzulänglichkeiten im Schriftsatz – Tipp-, Rechtschreib- und Zeichensetzungsfehler – im verspäteten Schriftsatz sind nicht geeignet die Glaubhaftmachung, daß die Anwaltsgehilfen bis dahin korrekt und zuverlässig die Ausgangskontrolle im Hinblick auf die Unterschrift und die Schriftsätze durchgeführt habe zu erschüttern. (BGH-Beschl. v. 23. 11. 1988 – VIII ZB 31/88)

Unterzeichnung einer Rechtsmittelschrift

Eine Unterschrift gem. § 130 Nr. 6 ZPO muß – zumindest in Verbindung mit dem Briefkopf – den Namen des Unterzeichners ohne weitergehende Nachfragen einigermaßen verläßlich feststellen lassen.

Eine Unterschrift muß nicht notwendigerweise lesbar sein. Der aus einzelnen Buchstaben zusammengesetzte Schriftzug muß zumindest andeutungsweise erkennen lassen, daß er aus den im Namen des Unterzeichners enthaltenen Einzelbuchstaben zusammengesetzt ist. (LG Dortmund, Urt. v. 11. 2. 1988 – 17 S 349/87)

Wiedereinsetzung / Prozeßbevollmächtigter zweiter Instanz

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann nicht gewährt werden, wenn die Möglichkeit offengeblieben ist, daß die Fristversäumung verschuldet war.

Enthält ein Informationsschreiben des Prozeßbevollmächtigten zweiter Instanz an den Prozeßbevollmächtigten erster Instanz den unrichtigen Hinweis, Berufung sei bereits fristwährend eingelegt, muß der Prozeßbevollmächtigte zweiter Instanz durch geeignete Maßnahmen der Gefahr von Mißverständnissen dahin vorbeugen, daß tatsächlich bereits Berufung eingelegt sei.

(BGH Beschl. v. 26. 9. 1991 – I ZB 12/91)

Formalien der Berufungsschrift, § 518 ZPO

Die Berufungsschrift muß innerhalb der Rechtsmittelfrist im Wege der Auslegung des Schriftsatzes oder aus den Umständen mit ausreichender Deutlichkeit erkennen lassen, für wen und gegen wen der Rechtsanwalt Berufung einlegt.

(LG Dortmund, Beschl. v. 12. 11. 1991 – 15 S 201/91 – vgl. auch BGH NJW 1985, 2650, BVerfG NJW 1991, 3140 betrifft Falschbezeichnung des Urteils)

GI Hinweise

Der BFH und der BGH befassen sich in zahlreichen Entscheidungen mit eigenkapital-ersetzenden Darlehen. Der Steuerberater hat sie bei der Bilanzierung zu beachten. In der Reihe „Steuerthemen im Brennpunkt“ legt der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1992, 98 Seiten, 39,- DM, ISBN 3-504-25087-9 von Herzig (Hrsg.), Eigenkapital-ersetzende Leistungen bei GmbH und GmbH & Co. im Zivil- und Steuerrecht, vor.

Der Richter am BGH, Röhrich, gibt einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der Rechtsprechungsregeln zum Eigenkapitalersatz. Prof. Dr. Wassermeyer, Richter am BFH, stellt sich der Frage, ob Eigenkapitalersatzleistungen bei der Gesellschaft materielles Eigen- oder Fremdkapital auslösen. Der Verfasser stellt die steuerlichen Auswirkungen dar. Im Anschluß daran wird die Diskussion mit Prof. Dr. Knobbe-Keuk, Dr. Meilicke, Dr. Thiel und den Vorgenannten wiedergegeben. Die Neuerscheinung hilft Unsicherheiten zu vermeiden und zeigt insbesondere in der Diskussion die in der Rechtsprechung und Literatur offengebliebenen Fragen auf.

GI Aktuell

Bankenzusammenbruch in USA / Aufsichtsbehörde gegen Wirtschaftsprüfer / Schadenersatzklagen in Milliardenhöhe

Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7.8.1992

bf. NEW YORK, 6. August. Die amerikanische Regierungsbehörde Resolution Trust Corporation (RTC) hat das Wirtschaftsprüfer-Unternehmen Arthur Andersen & Company, Chicago, auf 400 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt. Aufgabe der RTC ist, die zahlreichen bankrotten amerikanischen Sparbanken zu sanieren. Die RTC wirft Arthur Andersen Vergehen wie Fahrlässigkeit und Vertragsbruch bei der Überprüfung der Benjamin Franklin Savings Association, einer Sparbank in Houston, vor. Die Sparbank war 1989 zusammengebrochen; dem Fiskus waren dadurch Kosten von 976 Millionen Dollar entstanden. In der Klage heißt es, Andersen habe zugelassen, daß die Führung der Sparbank die schlechte finanzielle Lage des Unternehmens mit allerlei Tricks verschleierte habe; die Aufsichtsbehörden seien so über die hohen Risiken getäuscht worden. Arthur Andersen, das größte Wirtschaftsprüfer-Unternehmen in Amerika, hat die Vorwürfe zurückgewiesen. Wie Arthur Andersen sind in jüngster Zeit mehrere große Wirtschafts-Unternehmen auf Schadenersatz verklagt und teilweise auch verurteilt worden. Spektakulärster Fall war dabei das Urteil eines Geschworenengerichts in Phoenix (Arizona), das das Wirtschaftsprüfer-Unternehmen Price Waterhouse im Mai zur Zahlung von Schadenersatz von 338 Millionen Dollar verurteilte. Insgesamt sind in den vergangenen zwölf Monaten Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu Schadenersatzzahlungen von mehr als einer Milliarde Dollar verurteilt worden. Die Wirtschaftsprüfer beklagen, Opfer eines „Mißbrauchs des Klagerechts“ zu sein, bei dem es darum gehe, Leute „mit tiefen Taschen“ vor Gericht zu ziehen. Zusammen mit Kunden treten sie dafür ein, die Haftung der Wirtschaftsprüfer per Gesetz zu begrenzen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 9, 1992)

Abtretung			
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58		
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77		
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Amtspflichtverletzung d. FA			
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54		
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54		
Anwaltsnotar			
– Sozietät	92, 121		
– Unparteilichkeit			
Arglistseinwand			
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß = Bilanz, Status	92, 8		
Bankhaftung			
– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114		
Belehrungspflicht d. RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit = Kenntnis der Berufsordnung	92, 115		
– gesetzliches Verbot	92, 115		
– beschränkte Erbenhaftung	92, 58		
Belehrungspflicht d. Stb/Wp			
– Abtretung Steuererstattungsanspruch Befreiungstatbestand	92, 77		
– vor 15 Jahren	92, 22		
– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175		
– rechtswidrig, begünstigender Verwaltungsakt	92, 209		
Berufsverbot			
– Berufshaftpflichtversicherung	92, 135		
– Schuldnerverzeichnis	92, 130,		
– d StB	131, 132		
Berufungsschrift			
– für wen und gegen wen	92, 269		
Betrug			
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung = Beweisvermutung	92, 58		
– f. Mandatsumfang	92, 2		
Bilanzerstellung			
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		
– Dritthaftung	92, 8		
– Testat	92, 8		
Buchführungsauftrag			
– verspätete Erstellung	92, 95		
Bundesverfassungsgericht			
– Anwaltspflichten	92, 24		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	92, 63		
Dokumentationspflicht			
– über Posteingang	92, 249		
Dritthaftung			
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = obj. Interessenlage	92, 8		
– Testat	92, 8		
– vertragsähnli. Vertrauenshaftung	92, 17		
Ehescheidung			
– Parteiverrat d. RA	92, 127		
– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Eigenschaft, zugesicherte –			
– Steuervorteil	92, 181		
Erbenhaftung, beschränkte			
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58		
Feststellungsklage			
– negative –	92, 28		
– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88		
Freistellungsanspruch			
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85		
– Verjährung	92, 85		
Fristenkontrolle			
– ohne Aktenvorlage	92, 269		
– Briefumschlag, Zustellungsdatum			
– Zugang d. St-Bescheides	92, 249		
– Eingangsdatum	92, 238		
– Fristenkontrollbuch	92, 238		
– Telefax	92, 238		
– doppelte –	92, 238		
– Fristüberwachung durch RA			
– bei Aktenvorlage	92, 238		
– Fristversäumnis, unverschuldete –			
– = Beförderung der Post durch Mitarbeiter	92, 238		
– = zuverlässiger Mitarbeiter	92, 269		
– = Post in falschem Briefkasten	92, 238		
– d. rechtskundigen Mandanten	92, 259		
– Posteingang	92, 249		
– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	92, 239		
– Telefax			
– = Funktionsfähigkeit	92, 41		
– = des Mandanten, dann Telebrief	92, 238		
– Überwachung durch Mandanten	92, 59		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
– Wettbewerbsverbot			
– Übergangsregelung	92, 109		
GmbH			
– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144		
– Durchgriffshaftung	92, 145		
– Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108		
– Löschung im HR	92, 108		
Grundaufzeichnungen			
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
Grunderwerbsteuer			
– Erwerb von Gesellschaftsanteilen	92, 208		

Honoraranspruch d. Stb	
- Änderung der Rechnung	92, 91
- Einforderbarkeit, § 9 StbGebV	
= Gebührenvorschriften	92, 95, 101
= Gegenstandswert	92, 95, 101
= Klagbarkeit	92, 101
= Zeitgebühr	92, 101
- Fälligkeit, § 7 StbGebV	
= Betriebsprüfung	92, 44
- Gebührenrahmen, § 11 StbGebV	
= Mittelgebühr	92, 89
- nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160
- Pauschalgebühr, § 14 StbGebV	92, 157
- Schriftform	92, 157
- Zahlung e. Teilbetrages	92, 95
Honoraranspruch d. WP	
- StbGebV	92, 89
Honorarrückzahlung	
- unerlaubte Rechtsberatung	92, 209
Kapitalanlagebetrug	
- Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85
Kaufvertrag	
- Steuervorteil, zugesicherter -	92, 181
Kausalität	
- Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28
- Steuervorteil, zugesicherter -	92, 181
Klageerhebung	
- Unterschrift	92, 269
Konkursverwalter Haftung d. -	
- Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25
- Interessenkollision	92, 25
- Steuerhaftung	92, 25
Lohnbuchhaltung	
- fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202
= Erstattungsanspruch d. KK,	
§ 50 Abs. 1 SGB X	92, 202
Lohnsteuererstattung	
- Finanzierung d. Kreditinstitute	
= Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfevereins	92, 28
Lohnsteuerhilfeverein	
- Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung	
d. Lohnsteuer	92, 28
Mahnbescheid	
- fehlerhafter -	92, 262
- Verzögerungen, Rückwirkung, § 693 Abs. 2 ZPO	92, 262
Maklervertrag	
- Beratungsfehler, Finanzierung	92, 208
Mitverschulden	
- Fristenkontrolle	92, 259
- Fristüberwachung	92, 59
- Grundaufzeichnungen	92, 195
- richtige Informationen an StB	92, 22
= durch Dritte	92, 58
- Mandatsentzug	92, 250
- Steuererklärung	92, 59
- Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195
Niederlassungsfreiheit	
- gegenseitige Anerkennung	92, 114
Notar	
- Belehrungspflichten	
= Ausschluß der Gewährleistung	92, 229
- Ehevertrag	
= Unparteilichkeit	92, 121
- Scheingeschäft	92, 229
= Unparteilichkeit	
= Sozietät	92, 121
- Vermögensvormund	
= Mündelgrundstück	92, 136
- Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144
Parteiverrat, § 356 StGB	
- Scheidungsverfahren	92, 127
Praxisveräußerung	
- Gegenstand d. -	92, 89
- Haftung f. Altberater	82, 89
Prospekthaftung	
- b. Bauherrenmodell	
= Hamburger Modell	92, 29
- d. Gutachters	92, 3
- Rechtswahlklausel	92, 25
- Schaden	
= Befreiung v. Vertrag	92, 29
- Verjährung	
= § 68 StBerG	92, 29
Prozeßvollmacht	
- Bewilligung d. Nießbrauchslöschung	92, 242
- Vergleich	92, 242
Rechtsanwalt	
- Niederlassungsfreiheit	
- Wahrheitspflicht	
= d. Strafverteidigers	92, 128
- Zulassung	
= Verbandstätigkeit	92, 88
= AG-Vorstand	
- Zweitbüro	
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung	
- Abwicklung des nichtigen RberVertrages	92, 209
- Erschließungsbeiträge	92, 28
- Honorarrückzahlung	92, 209
- Steuerberater	
= Erschließungsbeiträge	92, 28
- Umwandlung, Vertragsentwurf	92, 209
- d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 88
Rechtsmittelauftrag	
- ohne Auftragsbestätigung	92, 76
Rechtswahlklausel	
- Prospekthaftung	92, 25
Schaden	
- negatives Interesse	92, 208
= Zinsverlust	92, 228
- Kapitalanlage	
= Rückabwicklung	92, 29
- unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198
Schuldnerverzeichnis	
- d. StB	92, 135
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
- d. Gesellschafter-Geschäftsführers	92, 145
- Jahresabschluss	92, 19
- Vermögenslage	92, 145
- vorsätzliche sittenwidrige -	
= Grundstücksbewertung	92, 191

Sozietät			
– Anwaltsnotar			
= Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Standesrecht			
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134		
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132		
Steuerberatungsgesetz			
– § 4, Zf. 5			
= unmittelbarer Zusammenhang	92, 28		
– § 5			
= Steuerberechnung, Wirtschafts- beratungsfirma	92, 28		
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen			
= Rechenzentrum	92, 2		
– § 57			
= Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25		
Steuerberatungsvertrag			
– Ehegatten			
= Taschengeldparagraph, § 1357 BGB	92, 167		
– Kündigung, § 627 BGB			
= lfd. Einspruchsverfahren	92, 155		
= Resthonorar	92, 160		
Steuererklärung			
– Informationen d. Mandanten	92, 22		
= fristgerechte –	92, 59		
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22		
Steuergestaltungsberatung			
– Mandatsumfang	92, 2		
– Wirtschaftsberatung	92, 2		
Steuerhaftung			
– d. Konkursverwalters	92, 25		
Stiftungsgründung			
– Belehrung, Durchlaufspende	92, 175		
Strafvereitelung, § 258 StGB			
– d. Strafverteidigers	92, 128		
Strafzumessung			
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132		
Telefax			
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 41		
– vom Mandanten, Telebrief, Schriftform	92, 238		
Testat (s. Bestätigungsvermerk)			
– Beweiskraft	92, 8		
– Prüfungspflicht d. Bank	92, 114		
Treuhänder			
– Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58		
– Aufklärungspflichten	92, 114		
= Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter	92, 174		
– Haftungsbeschränkung			
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2		
– Untreue, § 266 StGB	92, 58		
– Vermögensbetreuungspflicht	92, 58		
– Vollmacht, Umfang d. –	92, 114		
Unterschrift			
– Klageschrift	92, 269		
Untreue, § 266 StGB			
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
– Treuhänder	92, 58		
– Vermögensvormund			
= Mündelgrundstück	92, 136		
Verhandlungsgehilfe, § 278 BGB			
– Makler		92, 181	
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO			
– Belehrungspflicht ü. Fehler u.			
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		92, 209	
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung		92, 29	
– Prospekthaftung			
Verjährung, § 51 BRAO			
– Belehrungspflicht ü. Fehler			
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		92, 46	
= Anlaß zur Belehrung		92, 71	
= Regreßmandat an Kollegen		92, 71	
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift			
– Verjährungsbeginn			
= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO		92, 72	
Mandatsende, kein Schaden			
– Verjährungshemmung			
= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG		92, 46	
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO			
– anderweitige Ersatzmöglichkeit		92, 208	
Vermittlerhaftung		92, 174	
– Belehrungsinhalt		92, 174	
Versäumnisurteil			
– Flucht in die Säumnis		92, 262	
Verschwiegenheit			
– gegenüber Miterben		92, 2	
Versicherungsschutz			
– Berufshaftpflicht			
= Prämienzahlung		92, 134	
– Serienschaden			
= fehlerhafte Prospektprüfung		92, 80	
Verspätungseinwand, § 296, 528 ZPO			
– Fristsetzung d. Vorsitzenden		92, 247	
Vollmacht			
– d. Treuhänders, Umfang		92, 114	
Wahrheitspflicht			
– d. Strafverteidigers		92, 128	
Werbeverbot			
– Anwalts-Suchservice/Infodienst		92, 25	
– Beratungsverbund		92, 174	
– f. Rechtsanwälte		92, 25	
– Strafverteidiger		92, 85	
– Werbung		92, 123	
Wiedereinsetzung			
– Nachweis d. StB über Posteingang		92, 249	
Wirtschaftsberatung			
– Mandatsumfang		92, 2	
Zinsschaden			
– fehlgeschlagene Kapitalanlage		92, 228	
Zwischenvermietung			
– Belehrungspflichten		92, 163	
– Gestaltungsmißbrauch		92, 163	
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86		92, 208	
BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88		92, 25	
= BGH Z 106, 134			
= NJW 1989, 303			
= DB 1989, 525			
= WM 1989, 114			
= ZIP 1989, 50			

BGH v. 4. 10. 1988 – VI ZB 21/88 = VersR 90, 165 = MDR 1989, 55 = NJW-RR 1989, 127	92, 238	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90 = ZIP 1991, 1597 = NJW 1992, 241	92, 85
BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (RI) 11/89	92, 123	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 221/90	92, 88
BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136	BGH v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90 = RPK U 1.148/92	92, 174
BGH v. 17. 10. 1990 – IV ZR 197/89 = WM 1991, 246 = VersR 1990, 1396 = NJW-RR 1991, 627	92, 208	BGH v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90	92, 175
BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130	BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91	92, 71
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89 = BGH Z 113, 262 = WM 1991, 420 = WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann) = NJW 1991, 982	92, 25	BGH v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91	92, 239
BGH v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90	92, 229	BGH v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90	92, 228
BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127	BGH v. 9. 12. 1991 – NotZ 26/90	92, 121
BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (BI) 2/91 = BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88	BGH v. 9. 12. 1991 – NotSt (BI) 1/91 = NJW 1992, 1179	92, 144
BGH v. 23. 4. 1991 – 1 StR 734/90 = RPKU 1.124/91	92, 58	BGH v. 11. 12. 1991 – VIII ZB 38/91	92, 238
BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	92, 229
BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (BI) 4/91 = BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88	BGH v. 19. 12. 1991 – VII ZR 155/91	92, 238
BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90 = RPK U 1.077/91	92, 58	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91	92, 259
BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131	BGH v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91 = NJW 1992, 1159 = WM 1992, 742	92, 115
BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76	BGH v. 13. 2. 1992 – IX ZR 105/91	92, 249
BGH v. 27. 6. 1991 – IX ZR 222/90	92, 246	BGH v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91 = WM 1992, 770	92, 174
BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90 = WM 1991, 1548 = DSStR 1991, 1429 = VersR 1991, 1247 = ZIP 1991, 1140	92, 145	BGH v. 20. 3. 1992 – V ZB 7/92	92, 144
BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90 = WM 1991, 1812	92, 58	BGH v. 20. 3. 1992 – VI ZR 7/91	92, 242
BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90	92, 191	BGH v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91	92, 209
BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89 = BAUR 1991, 796	92, 29	BGH v. 13. 5. 1992 – VII ZB 3/92	92, 238
BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 = NJW 1992, 240 = MDR 1991, 1095 = WM 1991, 1993	92, 28, 58	<hr/>	
BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91 = WM 1991, 2080 = ZiP 1991, 1629	92, 41	BFH v. 23. 1. 1991 – II B 69/89 = RPKU 1.056/91	92, 208
BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91 = NJW 1992, 436 = WM 1992, 276	92, 28	BFH v. 14. 8. 1991 – I B 240/90 = NJW 1992, 1191	92, 144
BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90 = WM 1992, 62 = NJW 1992, 307 = DSStR 1992, 410 = DB 1992, 523	92, 59	<hr/>	
		BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25
		<hr/>	
		OLG Celle v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91 = StB 1992, 174	92, 174
		OLG Düsseldorf v. 10. 8. 1988 – StO 1/88	92, 132
		OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1990 – 18 U 62/90 rkr.	92, 101
		OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 109/90 rkr.	92, 89
		OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 100/90	92, 96
		OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 126/90 rkr.	92, 91
		OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1990 – I WS 1096/90	92, 128
		OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90	92, 195
		OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 13 U 2/91	92, 157
		OLG Düsseldorf v. 11. 4. 1991 – 13 U 10/91	92, 160

OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 3/91	92, 167	GH Hessen v. 28. 2. 1991 – I EGH 2/90 = EWIR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1991 – 13 U 16/91	92, 163		
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 25/92	92, 155		
OLG Düsseldorf v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91	92, 198	BdF Schreiben v. 4. 2. 1992 – IV B 7 – S 2742 – 6/92	92, 109
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45		
OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr. = DStR 1991, 1201	92, 28	AG Hannover v. 27. 8. 1991 – 506 C 4532/91 = RPK U 1.145/92	92, 114
OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28		
OLG Hamburg v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90	92, 262	EuGH v. 7. 5. 1991 – Rs. C-340/89 = RIW 1991, 946	92, 114
OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77		
OLG Karlsruhe v. 20. 12. 1990 – 2 Ws 265/89	92, 105		
OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3		
OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – 1 U 5/91	92, 47		
OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U III/88	92, 53		
OLG Köln v. 23. 1. 1991 – 2 U 56/90 n. rkr. = RPK U 1.075/91	92, 114		
OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8		
<hr/>			
OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28		
<hr/>			
KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 U 5932/90 = RPK U 1.070/91	92, 88		
<hr/>			
LAG Hamm, v. 16. 6. 1988 – 8 Sa 1695/87 = NJW 1988, 3286	92, 238		
<hr/>			
LG Arnsberg v. 20. 6. 1991 – 9 T 2/91	92, 108		
LG Bielefeld v. 12. 2. 1992 – 16 O 271/91 = Stbg 1992, 254	92, 238		
LG Düsseldorf v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91	92, 203		
LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25		
LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55		
LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22		
LG München I v. 23. 4. 1991 – 8 O 20696/90	92, 114		
LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.